

# Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Anbahn“, „Sozialistische Literatur-Anbahn“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 4/6, durch die Filial-Expeditionen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Graupenstraße 11, sowie durch alle Ausräger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,30 Rmt. monatlich 1,76 Rmt. + 85 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzuschicken 1,76 Rmt. + 85 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzuschicken 1,76 Rmt. + 85 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzuschicken 1,76 Rmt. + 85 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt.

## Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, III. Breslau

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereinskundensammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

# In der Gattengasse.

## Die Denkschrift des Reparationsagenten bestellte Arbeit. Mißstimmung und Uneinigkeit in der Koalition.

Berlin, 25. Oktober. (Eig. Bericht.)

Der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister hatten am Dienstag mit den Führern der Regierungsparteien eine Besprechung über die Finanzlage des Reiches und die Denkschrift des Reparationsagenten. An der Besprechung nahmen die Abgeordneten Graf Beckarp (Dnat.), Dr. Scholz (D. Sp.), Dr. Brüning (Ztr.) und Reich (Bayr. Sp.) sowie die Staatssekretäre der Reichskanzlei Dr. Pünder und des Finanzministeriums Dr. Popitz teil.

Anschließend empfing der Reichsfinanzminister zu dem gleichen Zweck die Vertreter der übrigen Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Kommunisten und der Bäckischen. Es waren erschienen: Die Abg. Weis, Dittmann und Dr. Hilferding von den Sozialdemokraten, Koch-Weser und Dietrich-Baden von den Demokraten sowie der Wirtschaftsparteiler Drewh.

Berlin, 25. Oktober. (Eig. Bericht.)

Der Schleier, den diplomatisches Ungeheiß über den Schritt des Reparationsagenten bei der Reichsregierung gebreitet hat, ist am Dienstag wenigstens an einer Ecke gelüftet worden. Vor den Führern der Reichstagsfraktionen bekräftigte der Reichsfinanzminister unter dem Druck der öffentlichen Meinung, daß das Memorandum Parler Gilberts nach langwierigen mündlichen Besprechungen tatsächlich auf ausdrücklichen Wunsch eines Amtes ausgearbeitet worden ist. Er fügte hinzu, daß der Inhalt dieser Denkschrift sich auf die Kritik stützt, die von dem Reparationsagenten bereits im Juni d. Js. an der deutschen Finanzgebarung gegenüber dem Reichsfinanzminister geübt wurde. Eine Verständigung über die Berechtigung dieser Kritik konnte damals nicht erzielt werden. So entstand schließlich das Memorandum, das nunmehr als Grundlage zu weiteren Verhandlungen dienen soll. Aber, was eigentlich in der Denkschrift steht, wird offiziell immer noch nicht preisgegeben. Angeblich wünscht auch der Reparationsagent keine Veröffentlichung des Schreibens. In der Regierung herrschen über diese Frage mindestens Meinungsverschiedenheiten. Einig scheint man nur darüber zu sein, daß es sich bei dem Memorandum nicht um eine unzulässige Einmischung des Dawes-Kommissars in die deutschen innerpolitischen Verhältnisse handelt. Das bestätigt die Denkschrift insofern, als es in ihr einleitend ausdrücklich heißt: „Gemäß unserer Vereinbarungen.“

Im Lichte dieser Informationen nimmt sich die Haltung der Regierung und insbesondere der ihr nahestehenden Deutschnationalen Partei einigermassen merkwürdig aus. Man kann es verstehen, wenn der Reparationsagent sein Memorandum nicht veröffentlicht sehen will, da er ja bereits in fünf Wochen den fälligen normalen Bericht an die Reparationskommission zu erstatten hat und natürlich nicht daran interessiert ist, daß seine Meinung vorher bekannt wird. Der Reichsfinanzminister scheint mehr aus dem Grunde auf die Veröffentlichung kein Gewicht zu legen, weil er und mit ihm Herr Marx hofft, in weiteren Verhandlungen den Standpunkt Parler Gilberts noch vor der Abfassung des Berichtes beeinflussen zu können. Man würde es nicht gern sehen, wenn dann die Kritik des Dawes-Kommissars bereits schriftlich vor aller Öffentlichkeit festgelegt ist. Aber gerade wenn der Reichsfinanzminister die Denkschrift bestellt hatte, so ist es einfach unverständlich, warum man noch am Freitag und am Sonnabend vormittags die Absicht oder die Existenz dieser Erklärung Parler Gilberts an amtlichen Stellen bestritten hat.

Noch eigenartiger ist das Verhalten der deutsch-nationalen Regierungspresse. Ihre Minister stimmen bei Auffassung des Kabinetts zu, daß Parler Gilbert keine Kompetenzen nicht überschritten habe. Im Gegensatz hierzu aber redet die Presse von Einmischungen in die deutsche Gesetzgebung, von Finanzdiskussion und anderen schönen Dingen, obwohl es sich hier nur um ein verabredetes Vorgehen des Reparationsagenten handelt. Es entspricht der Praxis deutschnationaler Willkür, daß sie nach außen hin die Beschlüsse angeißt, denen die Deutschnationale Fraktion oder ihre Minister zugestimmt haben. Aber verantwortlich dafür, daß eine derartige Stimmung im Volke unter dem Scheine einer Billigung der Regierung erfolgt, sind auch die Minister des Zentrums und der Deutschen Volkspartei, die diese Methoden politischer

Propaganda bei ihren Koalitionsfreunden nicht verhindern können.

Vor dem Reichstag und der Öffentlichkeit trägt natürlich die Regierung in ihrer Gesamtheit die Verantwortung dafür, daß sich die Verhandlungen mit dem Reparationsagenten so zugespielt haben und man heute mit dem Reparationsagenten Noten wechselt, statt Verhandlungen zu führen. Der Bericht Parler Gilberts, ganz gleich, wie er inhaltlich ausgefallen ist, wäre zweifellos in jedem Falle überflüssig gewesen, wenn eine sachliche Klärung der Meinungsverschiedenheiten im Rahmen der umfassenden informativ Besprechungen möglich gewesen wäre.

Sie hat die Reichsregierung offenbar verlagert.

Sie hat weiter verlagert, als es darauf ankam, den Inhalt der Kritik des Dawes-Kommissars wenigstens so weit der Öffentlichkeit bekanntzugeben, daß das Parlament die schwebenden finanziellen Vorlagen nach ihrer reparationspolitischen Auswirkung hin zu beurteilen vermochte. Das ist eine Unterlassung, die sich später noch schwer rächen muß.

## Große Schiffkatastrophe.

Rio de Janeiro, 26. Oktober. Der italienische Dampfer „Principessa Masalba“ ist auf der Höhe von Bahia gesunken. Von seinen 1300 Fahrgästen sind 728 durch den französischen Dampfer „Formosa“ gerettet. Das Schicksal der übrigen 580 Passagiere und der Besatzung ist unbekannt. Vier weitere Dampfer sind nach der Unfallstelle unterwegs.

Wahrscheinlich aber ist die Geheimnistuerei der Reichsregierung keineswegs nur von formalen, sondern in starkem Maße von innerpolitischen Bedenken getragen. Es ist z. B. bekannt, daß die Kritik an dem Finanzausgleich und an der Ausgabenwirtschaft des Reiches ebenso wie die Kritik an der Befoldungsreform keineswegs allein der Auffassung des Reparationsagenten entspricht. Diese Kritik ist vielmehr schon viel früher teilweise von den Spitzenverbänden der Industrie, teilweise vom Reichsbankpräsidenten und von anderen Stellen mit aller Schärfe ausgesprochen worden. Ja, man kann sagen, daß ein wesentlicher Teil der Auffassungen des Reparationsagenten nichts anderes als eine bestellte Arbeit — nicht des Reichsfinanzministers, sondern — der gegen ihn opponierenden Industriellen ist. Die Aufrollung dieser scharfen Gegensätze innerhalb der Koalitionsparteien des Rechtsblocks würde fraglos den Bruch der Regierungskoalition bedeuten. Man muß im Auge behalten, daß das Problem des Einheitsstaates und der Aufstellung eines wirklich durchdringlichen Staats für Reich, Länder und Gemeinden eine entscheidende Rolle spielt. Praktisch bedeutet das aber, daß mit der energischen Aufassung dieser Probleme die Liebesgabenwirtschaft gegenüber Bayern und damit die Koalitionsfreude der Bayerischen Volkspartei erledigt wäre. Nimmt man hinzu, daß auch sonst die Mißstimmung gegen den gegenwärtigen Reichsfinanzminister in den Kreisen der Regierung und besonders des Zentrums bedrohlich gewachsen ist, so kann man verstehen, daß der Besitzbürgerblock einer Klärung dieser Fragen unter allen Umständen aus dem Wege gehen möchte.

Es nützt nichts, wenn demgegenüber darauf hingewiesen wird, daß die Verzögerung der Diskussion mit dem Reparationsagenten nur eine zufällige sei, weil die Regierung in diesem Jahre mehr Vorlagen von finanzpolitischer Tragweite eingebracht habe, als im vergangenen. Der Rechtsblock ist in eine fatale Sackgasse geraten, weil der Reparationsagent ein Recht geküßt hat, deren öffentliche Schauung in höchstem Maße auf die Innenpolitik und auf den Bestand des Rechtsblocks zurückwirken würde. Darum die Geheimnistuerei! Daher auch das größte Schauspiel, daß der Rechtsblock nicht den Inhalt einer von ihm selbst bekräftigten Kritik, die das ganze deutsche Volk berührt, der Öffentlichkeit preisgeben will! Wenn ja, so zeigt sich hier die ganze Hilflosigkeit des Rechtsblocks in der Außen-, in der Finanz- und in der Reparationspolitik.

## Unverantwortliche Leichtfertigkeit.

Der Bildungsausschuh lehnt die Untersuchung der Kostenfrage ab.

Berlin, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Bildungsausschuh des Reichstages begann am Dienstag vormittag unter Vorsitz des Abg. Wumm (Dnat.) die Beratung des Reichsschulgesetzes. Ein kommunistischer Antrag, dem sich die Sozialdemokraten angeschlossen, zunächst den Reichsfinanzminister herbeizurufen, damit er über die finanzielle Auswirkung des Gesetzes und über die Deckung der Ausgaben Auskunft erteile, wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Reichsinnenminister Dr. von Kuehl gab dann statt einer zusammenfassenden Uebersicht über die Beschlüsse und Verhandlungen des Reichsrates ein hilfloses Gestammel, aus dem zu entnehmen war, daß er über die Kostenfrage keine Auskunft geben könne. In seltener Naivität erklärte er, die Kosten seien für die Beratung des Gesetzes ohne Bedeutung, denn die finanzielle Auswirkung werde sich erst nach drei Jahren ergeben. Im Kabinett sei noch gar keine Einigung über die Verteilung der Kosten erfolgt.

Mit großer Grünlichkeit vertrat anschließend Ministerialdirektor Kaestner den preussischen Standpunkt. Er stellte zunächst fest, daß die Länder vom Reichsministerium des Innern nicht gehört worden sind, ehe es den Gesetzentwurf eingebracht hat. Das sei bisher noch bei keiner Vorlage der Fall gewesen. Mit reichem statistischem Material führte Kaestner den Nachweis, daß auch bisher schon in Preußen die Bekennerschule sichergestellt sei; nur für die weltliche Schule fehlten gesetzliche Unterlagen. Es bestehe deshalb ein großes Mißverhältnis zwischen der Zahl der weltlichen Schulen und der Zahl der bekennnisfreien Kinder. Die Simultanschule habe in Preußen zahlenmäßig nur geringe Bedeutung. Eingehend behandelte der Vertreter Preußens dann die Kostenfrage. Er wies darauf hin, daß für den notwendig werdenden Neubau von mehreren hundert Gebäuden für Bekennerschulen, für weltliche Schulen und für Gemeinschaftsschulen außerordentlich hohe Kosten entstehen würden. Weitere Kosten entstünden durch die Einrichtung neuer Lehrstellen, für sachliche Schulausgaben und für die Durchführung des Antragsverfahrens. Ministerialdirektor Kaestner vertrat dann die preussische Auffassung, daß die Verfassung nach Wortlaut und Sinn genau ausgelegt werden müsse. Die Gemeinschaftsschule sei die gegebene Schulform. Die Vorchrift des Artikels 148 der Reichsverfassung, daß in allen Schulen sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverständigung zu erstreben sei, fehle im Entwurf der Regierung völlig.

Der Vertreter Bayerns gab eine längere Erklärung ab, daß die bayerische Regierung gegen jeden Versuch Widerpruch erhebe, ohne Rücksicht auf den Willen der Entscheidungsberechtigten die Gemeinschaftsschule einzurichten. Unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staates müsse die sachliche Regelung und die Ueberwachung des Religionsunterrichts den Kirchen zuerkannt werden. Die endgültige Zustimmung zu dem Regierungsentwurf machten aber selbst die Vertreter Bayerns von der Kostenfrage abhängig. Der Vertreter Sachsens lehnte im Namen seiner Regierung den Entwurf ab. Sachsen müsse als Simultanschulstaat anerkannt werden. Auch der Vertreter Hamburgs verlangte die Einreichung unter die Simultanschulländer und die unbedingte Anerkennung der Gemeinschaftsschule als Regelschule.

Am Schluß der Sitzung wurde ein Antrag, innerhalb drei Wochen vom Reichsfinanzminister eine Denkschrift über die Kostenfrage zu verlangen, von den bürgerlichen Mitgliedern des Ausschusses abgelehnt. — Nächste Sitzung Mittwoch vormittag.

Dazu wird uns geschrieben:

Die Regierungsparteien des Reichstages haben es am Dienstag fertiggebracht, im Bildungsausschuh anläßlich der Beratung des Reichsschulgesetzes einen Antrag niederzulegen, der von der Regierung innerhalb drei Wochen eine Denkschrift über die Kosten zur Verwirklichung des zur Beratung stehenden Gesetzes forderte. Was gehen das Volk auch die ungeheuren Kosten an? Es hat nur zu zahlen und kann, wenn es nach dem Bürgerblock geht, für die Konfessionsalisierung der Schule bei lebendigen Leibe verhungern. Im Namen Gottes.

Diese unverantwortliche Politik hat selbst im rechtsgerichteten bürgerlichen Lager zahlreiche Stimmen der Empörung wahrgenommen. So macht zum Beispiel die völkerverständliche „Kölnische Zeitung“ den Regierungsparteien mit Recht den Vorwurf der finanzpolitischen Leichtfertigkeit.



Vertigteil. Aber alles das dürfte wenig helfen. Im Bürgerkrieg redet man zwar von Christentum und christlicher Nächstenliebe, um in der Praxis den Klassenkampf von oben mit den bewährtesten Mitteln durchzuführen. In tausenden und abertausenden Familien herrscht tiefste Not, Millionen von Kriegskriegeln warten immer noch auf den schon zur Kriegszeit von den heutigen Deutschnationalen verkündeten „Dank des Vaterlandes“, aber für sie ist kein Geld da. Statt dessen steht man im Begriff, mehr als 500 Millionen Mark zur Erwerbung „himmlischer Güter“ auszuwerfen, während Millionen nicht einmal auf dieser Erde vor dem Hunger bewahrt sind. Im Namen Gottes? Diese Sorte Christentum wird erst ihr Ende finden mit dem Ende des Bürgerkriegs.

## Wer schweigt, stimmt zu.

Die Zentrumsstimme schweigt zu unseren gestrigen Mitteilungen. Auf die an den „Sozialdemokratischen Pressedienst“ gerichtete Zuschrift aus parlamentarischen Kreisen des Zentrums ist bisher weder aus den Reihen des Zentrums noch der sonst so demontierlustigen Deutschnationalen Volkspartei eine Antwort erfolgt. Das ist die beste Bestätigung dafür, daß die Angaben stimmen.

Auch die Feststellungen, daß die Regierungsvorlage über die Beamtenbesoldung infolge der mangelhaften Voraussicht des Reichsfinanzministers wahrscheinlich noch eine Veränderung erfährt und die Beamten nicht einmal die in der Vorlage vorgesehenen Erhöhungen erhalten, sind offiziell nicht widerrufen worden. Die Regierung hat dazu lediglich erklären lassen, sie habe nicht die Absicht, die Vorlage so zu verändern, daß die Ausgaben geringer würden. Dieser Verlautbarung liegt die Hoffnung zugrunde, daß die Parteien des Reichstags allerdings die Möglichkeit einer Revision hätten. Das ist löstlich. Die Regierung wird gestützt von den hinter ihr stehenden Parteien, und wie diese Parteien für die Regierungspolitik verantwortlich sind, so fällt schließlich die Politik der Regierungsparteien auf die Regierung zurück. Letzten Endes ist es jedenfalls das gleiche, ob die Regierung von sich aus die jetzige Besoldungsvorlage verschlechtert oder durch die hinter ihr stehenden Parteien verschlechtert wird.

## Verhandlungen im besetzten Gebiet.

### Ueber einen Abbau der Rheinlandordnungen.

In den letzten Tagen hat, wie wir erfahren, zwischen der Interalliierten Rheinlandkommission und dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete ein lebhafter Gedankenaustausch begonnen, der einen Abbau bzw. eine Vereinfachung der Rheinlandordnungen zum Ziele hat. Es wird erstrebt, eine Zurücknahme gewisser Ordnungen zu erreichen, die trotz Locarno noch zu Recht bestehen und von der Bevölkerung als besonders drückend empfunden werden. Dazu gehört beispielsweise, daß deutsche Staatsbürger ihre Pferde und Automobile vorführen müssen, damit sie für eventuelle militärische Zwecke der Besatzungstruppen verfügbar sind. Auch in diesem Jahre ist die Kontrolle noch streng durchgeführt worden. Ferner verhandelt man über weitere Beschränkungen der militärischen Uedungen und hofft, künftig eine gerechtere Entschädigung für Wandschäden erreichen zu können. Die Besprechungen sollen schließlich dazu führen, daß die gesamten noch gültigen Ordnungen in wenige zusammengefaßt werden, die eine vollständige Uebersicht über den Rechtszustand in den besetzten Gebieten geben.

## Kritik an der Besoldungsvorlage.

### Im Hanspaulschuh des Preussischen Landtags.

Berlin, 25. Oktober. (Eig. Bericht.) Der Hauptauschuss des Preussischen Landtags hörte am Dienstag die Ansicht der Spitzenorganisationen der Beamenschaft. Schrader vom Schupo-Bericht-Beamtensbund wandte sich gegen die schlechte Einsetzung und Kürzung der wohlverdienenden Beamten. Am meisten zurückgefallen seien diejenigen, die unter Lebensgefahr den Straßendienst zu versorgen hätten.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Bente, bedauerte, daß der Finanzminister die Wünsche des ADB nicht berücksichtigt habe. Die soziale Tendenz sei im Entwurf nicht erkennbar. Statt des

Wohnungsgeldes sei ein Erwerbszuschlag zu fordern, der auch die Teuerungsvorfälle in den Großstädten berücksichtige. Zwar seien prozentual die Zuschläge bei den Unterbeamten höher, aber absolut genommen, bedeute die Vorlage eine Verzerrung der höheren Beamten. Besonders bedauerlich sei die klassenmäßige Scheidung der Beamten.

Im Verlauf der Debatte erklärte der Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums auf Anfrage noch, den Referenten des Reichsfinanzministeriums sei von den gemeldeten Absichten der Reichsregierung, die Besoldungserhöhung so zu verändern, daß die finanziellen Auswirkungen geringer seien, nichts bekannt.

Die Schuld liegt bei der Reichsregierung, denn die Länder sind durch das Beamtenbesoldungsgesetz gebunden.

## Nachwehen des Bergarbeiterstreiks.

### Teilweise Fortdauer des Streiks im Senftenberger Bezirk als Folge von Rechtsbrüchen der Unternehmer.

Halle, 25. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Am Dienstag fanden zwischen den Vertretern des Arbeitgebersverbandes für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau und seinem Unterband für das Senftenberger Revier, wo infolge von Maßregelungen noch etwa 1000 Braunkohlenarbeiter sich im Ausstand befinden, Verhandlungen statt. Es ist anzunehmen, daß es dem Arbeitgeberverband gelungen wird, seine Mitglieder im Senftenberger Revier von der Notwendigkeit der Wiedererrichtung aller Streikenden zu überzeugen. Auch in Gera (Saale) bestehen auf vier Werken noch Schwierigkeiten; dort sind insgesamt 120 Braunkohlenarbeiter nicht wieder eingestellt worden. Die Gewerkschaften sind nicht gewillt, ein Abweichen von den Vereinbarungen zuzulassen.

Die Stimmung unter den Bergarbeitern ist im übrigen glänzender. Der erfolgreiche Streik hat das Selbstbewußtsein der Arbeiter außerordentlich gestärkt. Durch den Streik haben auch die Unorganisierten begriffen, daß der Anschluß an die Gewerkschaft eine Notwendigkeit ist. In den letzten Tagen erfolgen die Meldungen zur Teilnahme in den Bergarbeiterverband in Massen. Die Versuche der Kommunisten, aus der Bewegung Nutzen zu ziehen, sind kläglich gescheitert. Die Meldungen, daß in zahlreichen Belegschaftsversammlungen die Wiederaufnahme der Arbeit abgelehnt worden sei, ist wahrheitswidrig. Wohl haben in einigen Versammlungen kommunistische Redner ihre demagogischen Argumente vorgebracht, ohne jedoch den Mut aufzubringen, einen Antrag auf Fortsetzung des Streiks zu stellen. Die Erfahrungen, die die Bergarbeiter mit den Kommunisten gemacht haben, sind gerade in Mitteldeutschland derart, daß jeder Versuch der KPD, die Massen wieder unter ihre Botmäßigkeit zu bringen, von vornherein zur Ausschließlichkeit verurteilt ist.

## Poincaré als Zerstörer der Wirtschaft.

### Scharfe Kritik an dem französischen Budget.

Paris, 25. Oktober. (Eig. Funkbericht.)

Die Blätter veröffentlichen den Generalbericht des Budgets von 1928, der am Dienstag in der Kammer zur Verteilung gelangt ist. Er reißt tief in einem erschreckenden Maße die Befürchtungen, die die Sozialistische Partei stets der Finanzpolitik Poincarés gegenüber in Wort und Schrift geäußert hat. Der Berichterstatter stellt fest, daß ein außerordentlich „prächtiges“ Gleichgewicht dank einer ungeheuren Steuerlast, die auf 55 Milliarden geschätzt wird, erreicht worden ist. Die Einnahmen belaufen sich auf 42 675 Millionen, die Ausgaben auf 42 160 Millionen, so daß ein Ueberschuß der Einnahmen von rund 500 Millionen zurückbleibt. Davon müßten aber 300 Millionen für die Erhöhung der Gehälter der Post- und Telegraphenbeamten zurückgestellt werden. In der Einleitung findet zwar der Berichterstatter einige anerkennende Worte für das Finanzwerk Poincarés, unterstreicht aber dann, daß die Wirtschaftskrise in Frankreich außerordentlich hart angewachsen sei, die Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung, der Eisenbahn-Gesellschaft und der Zölle stets seit Monaten im Rückgang seien und daß die Kammer gut täte, sich mit den ersten wirtschaftlichen Rückwirkungen der Steuerpolitik Poincarés zu beschäftigen.

Der „Populaire“ begleitet die Veröffentlichung des Budgets mit einem langen Kommentar, in dem das Blatt zu dem Schluß kommt, daß somit alle Voraussetzungen der Sozialistischen Partei der Politik Poincarés gegenüber sich gerechtfertigt hätten. „Wir wären keineswegs über die Zukunft in Sorge“, schließt das Blatt, „und würden den bürgerlichen Parteien es gern überlassen, die Karte aus dem Dreck zu ziehen, wenn wir nicht wüßten, daß letzten Endes doch die Arbeiterschaft die Kosten dieses Abenteuers trägt. Der Stillstand des Geschäfts-

ganges ist die Folge der unzureichenden Arbeitslosigkeit und Herabsetzung der Löhne. Wilhelm II. wird Poincaré sagen: Ich habe es nicht gemerkt. Die Ausflucht ist schwach. Sie hat den Kaiser nicht gereizt.

## Keine Koalition in Oesterreich.

### Eine Rede des Wiener Bürgermeisters Seib.

Wien, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Wiener Bürgermeister Seib sprach am Sonntag in zwei Sammlungen über die politische Lage und kam dabei auf das Koalitionsproblem in Oesterreich zu sprechen. Er sagte:

„Wir Sozialdemokraten haben schon bei der ersten Koalition meine Erfahrungen gemacht, obwohl wir damals die stärkste Partei waren. Eine Koalition unter den heutigen Mehrheitsverhältnissen wäre noch schlimmer. Aber man muß über die Frage denken wie immer. Entschieden ist, daß Bundeskanzler Seipel heute mehr als je sich in den Koalitionen, die bei den letzten Wahlen die Kosten der Wirtschaftlichen Kampfs anknüpfen und gegen sie zu kämpfen sammeln. Schließlich kommt hinzu, daß die ganze bürgerliche Presse wie ein Mann gegen uns steht und das unbedeutendste Vorkommnis zu Angriffen gegen die Sozialdemokratie benutzt. In solch einer Zeit ist Koalitionsgerede Unsinn, und selbst diejenigen, die ihrem Wesen nach zur Koalition neigen, heute nicht bestreuen, daß ihre Zeit nicht gekommen ist und man nicht Uebereinkünfte macht, die auf solche Abwehr stoßen.“

## Immer wieder mit Anpuddeln gegen den Geist.

### Neues Hochverratsverfahren gegen den Dichter Bacher.

Berlin, 25. Oktober. (Eigener Bericht.) Vom Reichsgericht ist gegen den kommunistischen Dichter Johann A. Bacher auf Antrag des Oberreichsanwalts ein Hochverratsverfahren eröffnet worden.

## Die amerikanische Note über die französische Zollfrage.

### Entgegenkommen gegen Frankreich.

Paris, 25. Oktober. Nach einer Aussprache der Abgeordneten scheint die gestern am Quai d'Orsay überreichte amerikanische Note betreffend die Zollfrage den Vereinigten Staaten vergütet zu lassen. Die Vereinigten Staaten verzichten darauf, sofort eine bessere Behandlung fordern als diejenige, die sie vor dem 30. August d. J. hatten. Sie erklären sich unter der Bedingung, heute nicht schlechter handeln zu werden als damals, damit einverstanden, sofort Verhandlungen mit Frankreich einzutreten, lehnen es aber diese Verhandlungen zu vertagen bis zum Abschluß der Enquete, die von beiden Regierungen vorgenommen werden soll oder abhängig zu machen vom dem Ergebnis dieser Enquete. Die Vereinigten Staaten sind bereits bereit, über die von ihnen gegenüber gewissen französischen landwirtschaftlichen und pharmazeutischen Erzeugnissen angewandten sanitären Maßnahmen beraten unter der Bedingung, daß Frankreich bereit ist, falls über die für gewisse amerikanische Erzeugnisse angewandten Tarife zu verhandeln. Diese amerikanischen Erzeugnisse werden in der Note jedoch nicht spezifiziert. Den französischen Reklamenten soll das Recht zuerkannt werden, entweder direkt durch Vermittlung ihrer Regierung die Revision der amerikanischen Tarife zu fordern in den Fällen, in denen ihnen die Tarife die französischen Produkte in eine untergeordnete Stellung gegenüber ähnlichen amerikanischen Produkten brächten.

Endlich erklären sich die Vereinigten Staaten bereit, die bisher bei den französischen Kaufleuten vorgenommenen Quoten zu verzichten, wenngleich es bisweilen schwierig wäre, ein anderes Verfahren an ihre Stelle zu setzen.

## Die Lehrer gegen den von der Kirche zensurierten Religionsunterricht.

Von 333 dem Lehrerverein Kiel angehörenden Volksschul Lehrern haben — wie die Kieler Volkszeitung meldet — einer Urabstimmung, betreffend Erteilung des Religionsunterrichts mit dem Einsichtsrecht der Kirchenbehörde, 271 erklärt, den Religionsunterricht niederzulegen, 19 haben bereit erklärt, ihn zu erteilen, 14 lehnen die Erteilung konfessionell gebundenen Religionsunterrichts überhaupt ab, enthielten sich der Abstimmung.

Diese Abstimmung im Lehrerverein Kiel ist charakteristisch für die im Deutschen Lehrerverein organisierten Lehrerschaft einmütig entlassen ist, nicht auf die von der Bürgerstadregierung zugeordnete Art, das heißt mit dem Einsichtsrecht der Kirchenbehörde, zu unterrichten; denn darüber muß man sich von vornherein im Klaren sein, daß bei allen Abstimmungen innerhalb der deutschen Lehrerschaft ein ähnliches prozentuales Ergebnis erzielt werden dürfte wie in Kiel.

## Der falsche Prinz.

### Leben und Abenteuer von Harry Domela.

Im Gefängnis zu Köln von ihm selbst geschrieben.

Januar bis Juni 1927.

Copyright 1927 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

45) (Nachdruck verboten.)  
Nein, ganz bestimmt nicht. Alle beide gehörten zur gleichen Gesellschaftsform, und doch, welche ein Unterschied! Woran lag es...? Die meisten gleichen Gensdorf, wenige waren es, die der vornehmsten Art des Grafen sich näherten. Zwei Gegenstände: der Graf und Gensdorf. Der Graf, ein im Jüngsten Jahre und unverwundener Junge, der natürlich sich sehr bald von diesem ihn auf die Dauer amüdernden Leben frei machen würde, und dieser pommerische Baron, der mit Wonne in dem Adelstand untertauchte und ganz darin aufging... Ihm konnte es nicht toll und schmerzhaft genug hergehen. Die Redensarten, die er dauernd im Munde führte, sind beim besten Willen nicht wiederzugeben. Ein einfacher Hausarbeiter in St. Pauli hätte sich nicht la. Und wenn er sich so gäbe, so wäre es bei ihm nicht zu verwundern. Er ist schließlich in einer Umgebung groß geworden, in der auf Umgangsformen nicht gesehen werden kann. Aber wie kann und möchte er, der Jung nach unten, die Redensarten für das Ordinarität in diesem vorgerückten Alter haben, der in einer geordneten Umgebung groß geworden ist und in einem Adelstandem Leben behütet, nach Möglichkeit von lächerlichen Einbrüchen ferngehalten worden war und der doch so schnell den ganzen Farnis abstreifte und sich loslöste in den Dreck warf. Der Graf bemühte sich vergeblich, seine Kameraden günstig zu beeinflussen. Er selbst wußte, was er sich Mühe gab. Auch als Fuchs hat mich niemals in vollständig beständiger aber gar bekannungslos zu Zuhabe gesehen. Hatte ich ihn einmal jagen hören. Das bedeutete für diesen Heidelberger Kampf allerhand. Von Gensdorf konnte man sagen, daß man ihn nie in noch nichtig nachschauen konnte. Im allgemeinen könnte man ihn nach, ein gutmütiger Kerl zu sein. Seine Gutmütigkeit bewies jedoch nichts anderes als einen ungeheuren Mangel an Charakter, mit welcher Güte hatte sie nichts zu tun.

Der Graf war mittlerweile mit keinem Worte fertig geworden. „So, lieber Prinz, ist heute ich doch zu Hause.“

„Tante Sonne! Tante Sonne erschien. „Bitte Ruver und Marie! Nein, danke, einwerfen werde ich schon selbst. Nicht, Durchlaucht, wir machen noch einen kleinen Bummel vor dem Essen.“ — „So, jetzt können wir gehen.“ — „Servus, Tante Sonne!“ Von gleichgültigen Dingen sprechend, gingen wir in der Richtung zum Körperhaus nebeneinander her, als er plötzlich begann: „Ich glaube bemerkt zu haben, daß Sie durch die Art meines Körpers Gensdorf unangenehm berührt worden sind. Es ist vielleicht nicht ganz so böse, gemeint gewesen, wie es den Anschein hat. Gleichwohl ist es eine bödenlose Flegellei. Sie werden ja schon bemerkt haben, was für ein Ton hier unter meinen Körperhäuten herrscht. Seitdem ich erster Gekletterter Vorgänger, dem Grafen Königsmart, was es einfaß nicht mehr zum Aussehen.“ Er konnte mir einige Antworten, die die Tante Sonne damals habe erteiltet müssen und die ich nicht wiedergeben kann. „Glauben Sie mir, Durchlaucht, ich habe manchmal ganz Heidelberg vermüht!“ — „Ich sah ihn an und dachte: Armer Junge, warum machst du dich denn nicht baldigst frei davon?! Und die Unterhaltung von dem ihm unliebsten Thema abzubringen, fragte ich: „Sagen Sie mal, Graf, was ist das für ein seltsamer Kasus dieser Herr v. Herzal? Der muß doch wohl eine Unmenge Geld haben?“ — „Ja, das hat er auch, der erbt mal die Millionen.“ — „Wie viele?“ — „Ja, das hat er auch, der erbt mal die Millionen.“ — „Wie viele?“ — „Ja, fünfzig Millionen.“ — „Wiederholte der Graf lächelnd. „Seiner Familie gehört in Hamburg der halbe Rathenow. Das Chateau haben sie in der Umfassung für ein Butterbrot gebaut. Dazu kommt die Keeserei Elomar. Der alte Elomar ist ein Onkel von ihm. Der Bengel gehört zu einer der reichsten Familien Deutschlands.“ — „Sie doch nicht möglich! Und dieser Junge wird einmal über fünfzig Millionen zu gebieten haben?“ — „Run, die lustigsten Aktien hat er ja dazu“, fuhr der Graf fort, „leht, nachdem er verschiedene Motorräder zum Verkauf gefahren hat, will er sich ein Automobil kaufen. Ja, er kann es ja.“

Da wir unterdes im Körperhaus ankamen, machten wir das Gespräch, das uns sehr uninteressant abblieben. Im Zimmer unter war gerade Tischrunde: die Häufige belassen Anweisung, wie sie sich als Gensdorf in Gesellschaft zu benehmen hätten. Was dabei wirklich heraufkam, hatte ich bereits gesehen. Ich wurde gebeten, in einem Nebenraum zu warten. Der Graf zog unterdes schon die einzugewohnte Post durch und widmete

sich dann wieder mir. „Sie wollen in Zukunft die Pferde der Herzal'schen Farben reiten?“ fragte er mich. Als ich nicht sofort antwortete, fuhr er fort: „Herr v. Herzal hat es mir erzählt. Er ist außerst stolz darauf.“ — „Und dann nach einer Pause: „Sie haben Sie es denn gemerkt, daß der Herzal über soviel Geld verfügt? Neugierlich sieht er doch gar nicht wie ein Großseigneur aus.“ — „Ja“, meinte ich, „ein armer Mann trägt nicht die fünfziger und Hunderte in der Holentische Iose mit sich herum. Das ist auch eine Geschmackslosigkeit, jedenfalls ist es ein Zeichen, daß er genügend von dem Zeug hat und es ihm nicht einige Mark nicht ankommt.“ — „Dah er das Progen auch nicht lassen kann!“ äußerte der Graf schließlich verzärtelt. „Sie glauben nicht, wie oft ich ihm gesagt habe: „Mensch, laß' Sie doch die Portemonnaie!“ — „Denk aber nicht dran! Da kann ich mich bewußt los reden. Es ist alles umsonst. Er begreift nicht, wie geschmacklos es ist. Ich finde es einfach ordinär, wie ein Viehhändler das Geld im Knäuel in der Tasche zu tragen. Er hat eben kein Empfinden für das, was gewöhnlich ist, und was ein vernünftiger Mensch nicht tut. Bei ihm ist alles in den Wind geredet. Ein Fuchs erschien und meldete das Ende der Fuchsenstunde. Es ging zum Essen.“

Zum Nachmittag hatte ich mich mit dem Grafen im Café Althaupt verabredet. Bei einer Tasse Kaffee konnte ich so recht vor mich hin-finnieren. Das Wetter hatte sich in der Zwischenzeit geändert. Schwere Nebel lasteten auf dem Meeres und der Rhein schenke. In Heidelberg war alles Ruhe und Stille, mit ruhigen Säulern verhangen. Ganz Heidelberg odete mich an. Alles war so lurchbar einönig. Wie stumpfsinnig war dieses Leben unter den jungen Leuten, wie mühte es mit der Zeit verblühdend wickeln. Die Romantik der ersten Tage war verfliegen. „Mit-Heidelberg, da keine.“ — „D academia.“ — „Ich freute mich aufrichtig als der Graf, der einzige, zu dem ich in menschliche Beziehungen gekommen war, endlich das Lokal betrat. Wir tranken unterer Kaffee und entschlössen uns, wieder einmal zur Tante Sonne zu gehen. Es war zu langweilig! Als wir die Sonne betraten, sah an einem runden Tisch am Fenster ein älterer Herr mit Vollbart, der auf mich den Eindruck eines Olyubers machte. Ich war ziemlich verblüfft, als der Graf mir mitteilte, es sei ein alter Herr vom Korns, ein Herr v. Arnheim. „Dah ich Sie vielleicht noch kennen?“ Wir gingen also hinüber. „Bring Ihnen — von Arnheim.“ (Fortsetzung folgt.)



# Die Diktatur in Polen.

Der Sejm unter der Fuchtel Pilsudski.

Im August hatte der polnische Sejm die nötigen Stimmen zusammengebracht, um die Einberufung der am 19. Juli nach Hause geschickten Kammern zu erzwingen. Tatsächlich wurde der Sejm am 19. September zusammengetreten, aber nur, um nach eintägigen Beratungen wieder vertagt zu werden. Am 18. Oktober war die Frist dieser Vertagung abgelaufen. Darnach ließ die Regierung Sejm und Senat übergeben, nicht zusammenkommen, sondern schloß die neue Session, die sie begonnen hatte. So sind zwar gesetzliche und Verfassungsbestimmungen nicht verletzt worden, und doch kann man sich kaum eine ärgere Verhöhnung des Parlaments denken. Die leeren Formen des Parlamentarismus werden gewahrt, während in Wirklichkeit ein unkontrollierter und unkontrollierter Diktator regiert. Das zeigt sich auch deutlich in dem Beschluß des polnischen Kabinetts, eine ordentliche Session des Sejms für Anfang November einzuberufen und ihr das neue polnische Budget vorzulegen. Die offizielle „Epoka“ gibt zu dieser Einberufung einen bezeichnenden Kommentar, indem sie schreibt, die Einberufung sei der letzte Versuch, der mit diesem Parlament gemacht werde. Das Parlament erhalte dadurch die Möglichkeit, das Budget von sich aus zu verabschieden, aber jeder Versuch, politische Wünsche durchzusetzen, würde verhindert werden. Auch hierbei ist die Regierung im Besitz der nötigen gesetzlichen Handhaben. Unter den Verfassungsänderungen, die die polnische Regierung im Sommer 1926 durchsetzte, befindet sich unter anderem die Bestimmung, daß das Parlament Ende des Jahres zu einer mehrmonatigen Budget-Session zusammentritt. Erledigt das Parlament das Budget nicht, so kann die Regierung die Angelegenheit von sich aus im Verordnungswege erledigen. Das heißt also in der Praxis der polnischen Regierung: Das Parlament darf zusammengetreten. Es darf sich aber nur mit dem Budget befassen. Wenn es andere Fragen aufwirft, wird es wieder nach Hause geschickt, und die Regierung macht von ihrem Recht Gebrauch, Dekrete an Stelle der Gesetze zu erlassen. So weicht es also mit dem Parlamentarismus in Polen vollkommen ab. Es darf nur aus Gnade sein vornehmstes Recht der Budget-Beratung ausüben und auch das nur unter Einschränkungen und Drohungen. Bei dem jetzigen Verhältnis zwischen Sejm und Regierung ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß diese Budget-Session ein vorzeitiges Ende nimmt.

Man kann der polnischen Regierung nicht abstreiten, daß sie die Lage in Polen beherrscht. Ihre Position ist auch durch die amerikanische Anleihe gestärkt worden. Trotzdem hat sie zweifellos die Mehrheit des Parlaments und die Mehrheit des Volkes gegen sich. Die Stadtverordnetenwahlen, die in den letzten Wochen in einer Reihe von Kongresspolnischen Städten stattfanden, zeigen dies deutlich. Gelang es doch beispielsweise in Lodz, der größten polnischen Industriestadt, der eigentlichen Pilsudki-Partei, nur ein einziges Mandat unter mehr als hundert zu erringen. Auf die Dauer wird also die jetzige Praxis der Regierung, unter Ausschaltung des Parlaments zu regieren, auf immer stärkeren Widerstand stoßen, zumal, wie die bereits erwähnten Wahlen zeigen, gerade die Linksparteien, insbesondere die polnische Sozialistische Partei, erhebliche Fortschritte gemacht haben.

Somit besteht in den innerpolitischen Verhältnissen Polens eine bedenkliche Spannung, von der sich nicht voraussagen läßt, zu welchen Folgen sie führen kann. Die polnische Regierung scheint entschlossen, den jetzigen Sejm endgültig auszuscheiden. Dann muß sie aber, da die Legislaturperiode dieses Sejms Ende des Jahres abläuft, neu wählen lassen, und zwar, da sie die politische Beratungen des Sejms nicht mehr dulden will, nach der bisherigen Verfassung. Dann aber ist mit Sicherheit zu erwarten, daß auch der neue Sejm in seiner Mehrheit oppositionell ist, und vielleicht weniger gefügig als der jetzige. Um die Auseinandersetzung, ob Polen noch eine Demokratie ist, wird die Regierung schwerlich herumkommen, und diese Auseinandersetzung könnte recht kritische Formen annehmen.

# Mussolini und der Vatikan.

Mehr als fünfzig Jahre lang — seit der Eroberung Roms und des Kirchenstaates durch den König Viktor Emanuel am 20. September 1870 — hat eine unüberbrückbare Kluft den Vatikan von der italienischen Regierung getrennt. Als Protest gegen diese Niederwerfung ihrer weltlichen Macht haben sich alle Päpste seit 1870 in eine Art freiwillige Gefangenhaft gegeben; sie haben niemals den Palast und die Gärten des Vatikans verlassen und den Anspruch auf Wiederherstellung der päpstlichen Souveränität über ihr früheres Besitztum stets mit allem Nachdruck vertreten. Dafür feierte das offizielle Italien den 20. September demonstrativ als Nationalfeiertag und lehnte jede Art von Beziehungen zum Vatikan ab. In den 52 Jahren des liberalen Regimes ist nie ein ernsthafter Annäherungsversuch zwischen dem Quirinal, dem Sitz des Königs, und dem Vatikan, dem Sitz des Papstes, unternommen worden, dagegen hat der latente Gegensatz oft trübselige Zustände ergeben, zumal der Freimaurerorden mit ausgesprochen kirchenfeindlicher Tendenz einen mächtigen Einfluß auf die verschiedenen Regierungen ausübte.

Seidem aber der Faschismus sich zur Aufgabe gemacht hat, alles auszuräumen, was im liberalen Italien Macht und Einfluß genos, und insbesondere gegen den Freimaurerorden einen Vernichtungskampf führt, hat auch dieses Problem ein neues Gesicht erhalten. Der Vatikan, dessen diplomatische Methoden oft bedenklich, aber stets überlegen klug gewesen sind, hat in dem Faschismus ein Mittel erblickt, das bisher unerreichtes Ziel der Wiederherstellung seiner weltlichen Macht aufs neue zu verfolgen. Da sich Mussolini in seiner moralischen Isolierung um jeden Preis nach Freunden umsehen mußte, zeigte er, der alte fanatische Abneigung und Gotteslästerer, plötzlich Neigung, sich der Kirche zu nähern. Er ließ sich nach fast zwanzigjähriger Ehe nachträglich kirchlich trauen und machte der Kirche eine Reihe von Konzessionen, zum Beispiel die Wiedereinführung der Kreuztze in Schulen und Gerichtssälen. Dafür verzichtete der Vatikan darauf, die „Popolari“, das heißt die politische Partei der italienischen Katholiken, von den Vertreibungen durch den Faschismus zu schützen.

Hundert von katholischen Priestern, namentlich in den Dörfern Ober-Italiens, wurden von Faschisten mißhandelt, viele sogar ermordet. Die parlamentarischen Führer der „Popolari“, Don Sturzo, de Gaspari und andere mußten aus Italien flüchten oder sie wurden eingekerkert. Der Vatikan aber, der ursprünglich noch seine Stimme gegen diese Gewalttaten erhoben hatte, hat es inzwischen vorgezogen, über diese Dinge die Augen zuzubinden.

Die demokratischen Katholiken, vor allem der arme Don Merus, werden von der obersten Kirchenbehörde in einer Weise mißhandelt, die unter dem Geiß von Judas aimed.

Warum? Weil die aristokratischen Kardinäle, die im Vatikan sitzen, die Gaspari und Merus bei Sa, als fühle diplomatische Rechnung hoffen, durch diese unwillige Neutralität den großen politischen Zielen der Kirche besser zu dienen als durch eine Kampfstellung gegen dieses blutige Regime. Für sie ist der Faschismus eine unverhoffte Gelegenheit, die Wiederherstellung der vatikanischen Souveränität in irgend einer Form zu erreichen. Neuerdings geht der Vatikan mit besonderem Nachdruck und zwar durch vorläufige, aber unweibehaltbare Schritte daran, seine Rechnung für die geleisteten Neutralitätsdienste Mussolini zu präsentieren. Offenbar hält man in der Umgebung des Papstes die wirtschaftliche Lage des Faschismus für so kritisch, daß man hofft, Mussolini werde nicht wagen, es mit der Kirche zu verderben. Tat-

sächlich war die Antwort der Faschisten, wenn auch juristisch und idealbar negativ, keineswegs grundsätzlich ablehnend. Das Blatt des Vatikans, der „Differenziale Romano“, hat deshalb allen Grund, mit dieser Antwort nicht unzufrieden zu sein. Schließlich erkennt sie ja auch in der Tat zum ersten Male seit 57 Jahren die bisher von der Gegenpartei geleugnete Existenz einer römischen Frage an. Sollte es dem Vatikan also gelingen, durch diese Taktik sein Ziel wenigstens zum Teil zu erreichen, so wäre man nur kaum über die Geringsheit einer Diplomatie, die dieses Kunststück fertiggebracht hat. Trotzdem würde dieses Paktieren des Heiligen Stuhles mit einem Mörderregime, ja mit den Mürdern und Verfolgern der eigenen treuesten Söhne, kein Ruhmesblatt in der Geschichte der katholischen Kirche darstellen.

# Bevorstehende Kabinettsberatung.

Nach den deutsch-polnischen Handelsverträgen und über den neuen Botschafter in Washington. Berlin, 25. Oktober. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird sich das Reichskabinett am Donnerstag mit dem deutsch-polnischen Handelsvertrag beschäftigen. Ferner ist damit zu rechnen, daß die Entscheidung über die Befehung des Botschafterpostens in Washington noch im Laufe dieser Woche fällt. Wie verlautet, handelt es sich nur noch um die Erledigung einiger formaler Fragen, wie sie mit der Befehung eines solchen Postens gewöhnlich verbunden sind.

# Herr v. Neurath heißer Favorit für Washington.

Wie die „Postische Zeitung“ meldet, haben die Verhandlungen des Auswärtigen Amtes mit dem früheren Reichsfinanzminister Dr. Reichold über dessen Nachfolge auf dem Posten Herrn v. Malchahns in Washington zu keinem Ergebnis geführt. Das Blatt glaubt, daß nunmehr die Kandidatur des deutschen Botschafters in Rom, Dr. v. Neurath, im Vordergrund steht. Neurath ist zwar ausgesprochener Deutschnationaler, steht aber dem rechten Flügel der Volkspartei sehr nahe.

# Zusammentritt der Abrüstungskonferenz Ende November.

Genf, 25. Oktober. Die vorbereitende Kommission der Abrüstungskonferenz tritt Mittwoch, den 20. November, erneut in Genf zusammen. Auf der Tagesordnung der Session stehen die Prüfung der Resolutionen der Völkerbundversammlung und des Rates, sowie des Standes der Arbeiten der Kommission. Die Kommission hat das Komitee zu bezeichnen, welches die Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit und der Sicherheit, die mit der Abrüstung in Zusammenhang stehen, gemäß den von den Delegationen Frankreichs, Deutschlands und Hollands eingebrachten und von der achten Völkerbundversammlung angenommenen Resolutionen prüfen soll. Man glaubt, daß die Session nur kurz sein wird, da der Völkerbundsrat auf Montag, den 5. Dezember, einberufen ist.

# Wieder ein reines Klassenurteil.

Leipzig, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigte sich vor kurzem mit der Revision des Hilfsarbeiters Ernst Witte und vier Genossen aus Potsdam, die vom dortigen Schöffengericht wegen angeblichen Aufruhrs und Landfriedensbruchs bis zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden waren. Am 1. August 1926 wurde in Potsdam eine Antikriegsdemonstration veranstaltet. In dem Demonstrationzug war auch ein Sarg mitgeführt worden, auf dem Kriegsauszeichnungen und Kampfswaffen ruhten. Das veranlaßte die Potsdamer Polizei, die sonst gegen Stahlhelme und andere Rechtsradikale humaner vorgeht, zum Einschreiten mit einem Aufgebot von 20 Mann und einem Oberleutnant, der den Befehl gab, die Waffen freizumachen und das Antikriegssymbol den Demonstranten zu entreißen. Als die Demonstranten sich das verboten, wurden mehrere verhaftet. Das Reichsgericht verwarf die Revision und hielt die Strafe für angemessen.

# Der Streit um die rumänische Thronfolge.

Ein Sendbote des Präsidenten verhaftet.

Belgrad, 26. Oktober. (Eigener Funkbericht.) Das Königsproblem in Rumänien ist trotz aller Bemühungen Brattianus, den Prinzen Carol nach wie vor von der Thronfolge auszuschließen, noch nicht erledigt. Carol ist von Paris aus äußerst aktiv und versucht, hinter dem Rücken der rumänischen Regierung nicht nur nach Rumänien zurückzukehren, sondern in Rumänien selbst auch Stimmung für seine Thronfolge zu machen. Ein Beweis dafür ist die am Dienstag erfolgte Verhaftung eines früheren Staatssekretärs der rumänischen Regierung, der mit Brissen und Rundgebungen des Prinzen Carol aus Paris gekommen war. Die Verhaftung erfolgte in Siebenbürgen aus dem Zuge heraus. Offiziell wird dazu mitgeteilt, daß Staatssekretär Manoi-Iescu vor ein Kriegsgericht gestellt werden soll, weil er sich zum Zwischmittler von Elementen gemacht habe, welche die verfassungsmäßige Ordnung des Landes stören wollten.

Die gesamte rumänische Presse bespricht diesen Vorfall in aller Ausführlichkeit. Teilweise gibt man der Regierung recht. Im anderen Teil aber bezeugt die Presse die Aufregung des Kabinetts als grundlos und verfrüht. Auch in der Umgebung des früheren Ministerpräsidenten Averescu, der mit Carol sympathisiert und von der Mission des verhafteten Staatssekretärs Kenntnis hatte, verlautet, daß die Festnahme ohne Grund erfolgt sei. Die Beförderung von Brissen wäre noch lange kein Vergehen gegen die Sicherheit des Staates. Ein Führer der Nationalen Bauernpartei hat inzwischen die Verteidigung Manoi-Iescus übernommen. Im Zusammenhang mit dem geschilderten Vorfall haben übrigens die Herausgeber der Zukünftigen Tageszeitungen beschlossen, keine Redakteure mehr in das Innenministerium zu entsenden, weil sie dort doch nur Ratschläge in Form von Drohungen empfangen würden. Wenn das Innenministerium der Presse etwas mitzuteilen habe, möge es das schriftlich tun. Am Donnerstag tritt das Parlament wieder zusammen. Man hofft, daß bereits in der ersten Sitzung der Vorfall besprochen wird.

# Neuer Gewalttät der bulgarischen Regierung.

Sofia, 26. Oktober. (Eigener Funkbericht.) Eine ganze Anzahl von Delegierten zu dem gegenwärtig in Sofia tagenden Kongress der Sozialdemokratischen Partei ist von der Polizei vor der Abfahrt zu den Verhandlungen verhaftet. Die zurückgehalten worden. Der Kongress legte deshalb am Dienstag gegen diese Übergriffe der bulgarischen Regierung Protest ein.

# Kleine Auslandsnachrichten.

Belagerungszustand in den Gebieten Petritsa und Ruse. Die bulgarische Kammer genehmigte das Dekret über die Verhängung des Belagerungszustandes in den Gebieten von Petritsa und Ruse.

Wasserstand	
26. Oktober	
Rastatt	1,14
Kelch (Gahr) vom 25. 10.	0,45
Reißbühlung (Unter-Regel)	1,81
Breg (Rosenort)	2,50
Tübingen	1,20
Karlsruhe (Amn. Gese)	1,40
Darmstadt	1,77
Hörsingens (Ludwigsh.)	0,96
Wiesbaden vom 25. 10.	0,66
Wasserstände	1,20

# Bezirkskonferenz der Partei für den Bezirk Mittelschlesien.

Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 9 Uhr beginnend, findet in Breslau im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, Zimmer 7/8, eine

# Bezirkskonferenz

statt. Einziger Punkt der Tagesordnung ist: „Das Agrarprogramm der Partei. Wie erobern wir das Land?“ Redner: Genosse Dr. Waade, Mitglied der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik.

Zur Teilnahme verpflichtet an der Bezirkskonferenz sind: die Mitglieder des Bezirksvorstandes, die Parteisekretäre und die Kreisvorsitzenden sämtlicher Kreise.

Weiterhin sind berechtigt, als Gäste teilzunehmen: Delegierte der großen Ortsvereine. Vor allen Dingen aber bitten wir alle rednerisch mit-tätigen Genossen um Teilnahme, da die Behandlung der agrarpolitischen Fragen in diesem Winter besonders im Vordergrund stehen wird und Waade als der hervorragendste Agrarpolitiker gilt.

# Aus Schlesien.

## Losse zur Arbeiterwohlfahrts-Lotterie

sind eingetroffen. Das Bezirkssekretariat der Partei teilt uns mit, daß Bestellungen sofort erfolgen müssen. Die Ortsgruppen der Arbeiterwohlfahrt oder sonstige Stellen, die Lose vertreiben, die durch Genossen auf der Bezirkskonferenz am Sonntag, den 20. Oktober, vertreten sind, können sie auch im Laufe des Vormittags im Sekretariat in Empfang nehmen. Es wird um baldige Bestellung gebeten, damit wir in der Lage sind, den Bedarf zu übersehen, um dementsprechend bei der Zentrale nachzubestellen.

Ströbel bei Jöhben. Ortsausflug des ADGB. Freitag, den 28. Oktober, findet in unserem Bezirkslokal (M. Schenck-Gesellschaftshaus, früher Gräbel) unsere planmäßige Ortsausflugsfahrt statt. Da Quartalsversammlung und wichtige Tagesordnung ist, müssen alle Delegierten erscheinen.

Waldenburg. Wohlfahrtsdirektor Günther vor der Berufungsinstanz. Der ehemalige Wohlfahrtsdirektor Siegfried Günther, der früher das Kreiswohlfahrtsamt Waldenburg verwaltete, war seinerzeit vom Großen Schöffengericht Waldenburg wegen Untreue und Unterschlagungen zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hat nicht nur Günther, sondern auch der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Letzterer forderte höhere Bestrafung, da Günther ein Amt verwaltete, zu dem die gesamte Öffentlichkeit, vor allem aber die Unterstützungsempfänger Vertrauens haben sollen. Ferner ist die Staatsanwaltschaft der Ansicht, daß Günther durch die ihm zur Last gelegten Verletzungen die Erwerbslosen geschädigt hat. So habe er sich ein luxuriöses Auto gekauft und die Kaufsumme auf betrügerische Weise aufgebracht. Er hatte sich eigenmächtig, ohne jeglichen Vorgesetzten, den Landrat, zu unterziehen, in eine höhere Gehaltsstufe versetzt und Spielen liquidiert, die er gar nicht zu beantragen hatte. Zurzeit findet vor dem Landgericht in Schweidnitz die Berufungsverhandlung statt, zu der ein großer Zeugenapparat aufgebaut wurde. Das Urteil wird kaum vor Ende dieser Woche zu erwarten sein.

Neurode. Tierchau. Die Abhaltung einer Tierchau beschloß die hier in einer Sitzung die Landwirtschaftliche Kreis-Kommission. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, am 2. und 3. Juni kommenden Jahres eine Tierchau in Neurode abzuhalten. Als geeignetes Gelände hierfür wurden die Gräuperwiesen in Aussicht genommen. Die Vorbereitungen wurden den zu diesem Zweck ins Leben gerufenen Kommissionen übertragen.

Krausendorf, Kr. Waldenburg. Totgefahren. Der Ruffler Schepinski vom hiesigen Dominium stürzte, als die Pferde den Wagen anzuogen, so unglücklich ab, daß die Räder ihm über den Kopf gingen und der Tod auf der Stelle eintrat.

Gottesberg. Vom Feuer eingekerkert wurde die im Ortsteil Koblau gelegene Gustav Gödel'sche Bestuhlung. Obwohl die Feuerwehre aus den umliegenden Ortschaften schnell zur Brandstelle eilte, war dem Feuer, das reiche Nahrung in den Gebäuden teilte, wenig bezugkommen. So daß die gesamte Bestuhlung ein Raub der Flammen wurde. Nur wenige Habeligkeiten verblieben dem Besitzer, der ohnehin in wirtschaftlich bedrängter Lage lebte und der nur niedrig gegen Feuerchaden versichert ist.

Wälgersdorf. Schwere Verletzungen hat sich ein jugendlicher Angefaller in den Hartstein-Werken A. Krause zugezogen. Er verwaltete die Invalidenmarken-Kasse, und anstatt die von den Arbeitern abgezogenen Gelder zum Kauf der Marken zu verwenden, hat er insgesamt 900 Mark unterschlagen. Der Vorfall ist um so bedauerlicher, als die Eltern des jungen Menschen sich in schwerer Notlage befinden und sein Vater seit mehreren Jahren an einer schweren Nervenkrankheit leidet.

Striegen. Die Fleischversorgung gefährdet. Auf dem hiesigen Schlachthof ging die Kältemaschine in der Kühlhalle zu Bruch, und es wird längere Zeit dauern, ehe sie wieder hergestellt wird. Eine Aufbewahrung von Fleisch in der Kühlhalle ist also nicht möglich, da die nötige Temperatur nicht vorhanden ist. Wenn die Fleischmengen des Schlachthofes nicht schnell genug verlaufen, dann werden sie wohl, um keinen Schaden zu erleiden, die Zahl des Schlachtviehs herabsetzen müssen.

Striebsdorf. Brückenperrung für Lastverkehr. Auf Anweisung des Breslauer Regierungspräsidenten wurden drei hölzerne Brücken in Striebsdorf für Lasten über 190 Zentner gesperrt. Ein Landtagsabgeordneter brachte in einer kleinen Anfrage den Wunsch der Bevölkerung zum Ausdruck, daß der preussische Staat für bessere zeitgemäßere Brücken sorgen möge. Wie der Amtliche Preussische Präsidentschaft, der im Einvernehmen mit dem Innen- und dem Finanzminister erteilten Antwort des Landwirtschaftsministers entnimmt, hat der Breslauer Regierungspräsident sofort nach Sperrung der Brücken in Striebsdorf Ermittlungen über die Notwendigkeit einer beschleunigten Verstärkung der Brücken anstellen lassen und auf Grund des Ergebnisses dieser Ermittlungen inzwischen angeordnet, daß die Brücken für einen Auto-Verkehr verfürst werden. Wegen eines etwaigen Neubaus der Brücken sind die erforderlichen Vorbereitungen eingeleitet.

Oppeln. Kleine Urtsachen, große Wirkungen. Die kleine Urtsache war diesmal eine Ratte, die auf irgendeinem merkwürdigen Wege in die Transformatorstation der Werksfrage geraten war und durch Porföhrung der Draht-Leitungen verursachte. Die große Wirkung bestand in der völligen Dunkelheit, die Oppeln infolge der Beschaffenheit des elektrischen Lichtes erlebte, über die wir schreiben konnten, bis die Instandhaltung der zerstörten Schaltstationen es ermöglichte, nach Mitternacht den Betrieb wieder völlig herzustellen.



**Familien-Anzeigen**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Sonntag, 23. Oktober, nachm. 1 1/2 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Hobler **Wilhelm Großpietsch** im Alter von 59 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau. Beerdigung: Donnerstag, 27. Oktober, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes St. Dorothea, Steinstraße 5891

**Stadttheater**

Mittwoch 19.30 bis gegen 22.30 Uhr. 5. Ab. Vorst. Serie B **Jonas spielt auf.** Donnerstag 19.30 bis 22.45 Uhr. 6. Ab. Vorst. Serie E **Jonas spielt auf.** Freitag 20 bis gegen 22.30 Uhr. 5. Ab. Vorst. Serie C **Einmalig Gastspiel Lotte Schöne** (Stadt. Oper Berlin-Staatsoper Wien): **Der Barbier von Sevilla**

In der Gemeinnützigen alkoholfreien Gaststätte, Malapaneustraße, Ecke Klodnitzstraße, sind die Kasträume an verschiedenen Abenden an **abstinente Vereine** zu vergeben. 11098 Angehote sind an den Soz. Frauenklub, Schulstraße 36, Zimmer 14, zu richten.

**Schauspielhaus.**

Operettenabte. 11071 Tel. Stephan 36300. Mittwoch, Donnerstag, Freitag, 20 Uhr: **Der große Operettenerfolg! „Die Königin“** Sonnabend 20 Uhr: **„Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren!“** Musik von Fredy Raymond. Sonntag 15 1/2 Uhr: **Die Försterchriften.** Sonntag u. täglich 20 Uhr: **„Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren!“**

**Trauer-Kleider**

Mäntel, Kostüme. Mode für Damen und Mädchen **M. Centfawer** G.m. b.H. Schmiedebrücke 7 10

**Genossen**

Genossinnen Eure Familienanzeigen der **Volkswacht**

Das Haus der **billigen**

**Preise!**

**Morgen Donnerstag!** Riesige Gelegenheitskäufe

**Strümpfe**

**Schulstrümpfe**

schwarz u. farb., 1x1 gestrickt, Strapazierqual. Größe 1 2 3 4 5 6 7 8 9

Paar 48 55 62 68 75 85 95 1.05 1.15

**Wollplattierte Kinderstrümpfe**

1x1 gestrickt, schwarz, feste Qualität Gr. 1 2 3 4 5 6 7 8 9

Paar 68 75 85 95 1.00 1.15 1.25 1.35 1.45

**Damenstrümpfe**

aus pa. Seidenflor, mit Naht, Doppelsohle und Hochferse, schwarz u. alle modernen Straßenfarben ... Paar **95 Pf.**

**Frauen-Strümpfe**

1x1 gestrickte, ganz besonders gute Makoglanz - Qualität, schwarz, in allen Größen ... Paar **95 Pf.**

**Damen-Handschuhe**

farbig Trikot mit 2 Druckknöpfen, Serie I **75 Pf.** Serie II **95 Pf.**

**Herren-Handschuhe**

gute Trikotqualität mit angeraumtem Futter, farbig, mit Druckknopf Paar **1.25**



**Sie laufen preiswert und gut**

Reis- und Bettwäsche \* Gardinen \* Bettdecken Wachszeuge \* Säuerstoffe \* Handtücher \* Schürzen Monteur- und Arbeitsblusen und Hosen — Strumpfwaren und Tricotagen — im **Leinen- und Wäschehaus Fritz König** Roventhaler Straße 22

Die „Frauenwelt“ den Frauen Zum Lesen, Denken und Schauen!

**„Frauenwelt“**

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf. Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

**Lobe-Theater.**

Tel. Ring 6774, 6700. Mittwoch, Donnerstag, Freitag, 20 Uhr: **„Schlachtenlärm“** Komödie von Fabrian Maria Netu. Sonnabend, Sonntag, 20 Uhr: **„Stille“** Lustspiel von Friedrich. Sonntag 15.30 Uhr: **„Stille“** Fremden-Vorstellung! Gastspiel **Max Adalbert in „Stille“**

**Liebich Theater**

Tel. Stephan 346 46 Täglich 20 Uhr: **„Nur noch wenige Tage! Powers Riesen-Tanz-Elefanten“** Billige Eintrittspreise von 50 Pf. an.

**Unreines Gesicht!** Fidel, Mittelteil usw. verschwinden sofort! Durch welches einfache Mittel teils gem. kostenlos mit Frau M. Poloni, Hannover D. 15 Eberstraße 30 A. 4146

**Druckerei Volkswacht** fertigt moderne Drucksachen Breslau 2 Flurstraße 4/6

**Parteifreunde**

kaufen Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die **Volkswacht**

**Genossen!**

**Der Kampf der jetzt um die Schule geführt wird**

bedingt die Kenntnis der Geschichte der Pfaffenherrschaft. Wir haben in unserer Buchhandlung ein Werk, das wie kein zweites berufen ist, Aufklärung in die Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft zu tragen.

Es ist dies Emil Rosenow's **„Wider die Pfaffenherrschaft“**, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. u. 17. Jahrhunderts, 2 Bände. Das Werk ist bereits im Buchhandel vergriffen. Die Restauflage (in unserem Besitz) können wir jedoch **an parteipolitisch und gewerkschaftlich Organisierte zum billigen Preise von 9 Mark** statt bisher 20 Mark, abgeben. Emil Rosenow's Absicht war es, in ebenso populärer wie interessanter und dabei doch gründlicher Form einen wichtigen Abschnitt aus der Kulturgeschichte der Völker zu schildern und damit die Kenntnis des geschichtlichen Werdegangs der menschlichen Gesellschaft unter den Arbeitern zu verbreiten und zu vertiefen. Um den Leser noch besser in den Geist dieser Kulturzustände einzuführen, sind Hunderte von lehrreichen und interessanten Meisterwerken der Künstler jener Zeiten, wie Porträts, Städteansichten, Flugblätter, Textbilder usw. in originalgetreuen Wiedergaben zur Illustration beigelegt. Wir lassen noch die Inhaltsangabe folgen, um weiter zu zeigen, wie besonders wertvoll gerade dieses Werk ist.

**Erster Teil:**

1. Eine zusammenfassende Weltgeschichte.
2. Von der Revolution zur Welt-herrschaft.
3. Bei den Fürsten der Armut.
4. Von den Heiligen, den Königen und den Königen.
5. Weltkriege, Löhne und Beleidigungen.
6. Krieg mit den Armen beim Krieg.
7. Die Ketzerei der Pfaffen.
8. Panorama der Pfaffenkultur.

14. Die schwäbisch-fränkische Bauernrevolution.
15. Die sächsisch-sächsische Bauernrevolution.
16. Das Ende des Bauernkrieges.
17. Der Übergang des mittelalterlichen Kommunismus.
18. Kirchenreform und Bauernkriege in der Schweiz.

**Dritter Teil:**

19. Die Zerrüttung des Protestantismus.
20. Die Gesellschaft Jesu.
21. Die Religionskriege.
22. Die Hexenprozesse.
23. Die Wurzeln des Dreißigjährigen Krieges.
24. Der Dreißigjährige Krieg.
25. Die Gustav Adolf-Legende.
26. Deutschland nach dem dreißigjährigen Krieg.
27. Katholizismus und Sozialismus.

**Zweiter Teil:**

9. Die Kirche und die Kultur.
10. Das Erwachen des Geistes.
11. Der Zustandswahl der Reformen.
12. Der Kampf der Papst und der Kaiser.
13. Am Vorabend der Revolution.

Durch die von uns eingeführte Buchkarte ist jedermann in der Lage, sich dieses bedeutende Werk anzuschaffen, da er in Wochenraten von nur 50 Pf. bezahlen kann. Die Buchkarte gilt jedoch nur für hiesige politisch und gewerkschaftlich Organisierte.

**Volkswacht-Buchhandlung**

Breslau III, Neue Gröbenstraße 1.

Wenn Sie mit Seife waschen

**Sil**

nicht vergessen!

Geben Sie ein halbes Paket dieses vollkommen unschädlichen Bleichmittels der kalten oder schwachwarmen Lauge bei Sie werden erstaunt sein über das schöne Weiß, das Ihre Wäsche zeigt!

Sil zum Bleichen - ohne Chlor!

Ohne Chlor!

**Batterie-Spezialisten**

Wir suchen bei guter Bezahlung zum sofortigen Eintritt einen mit der Instandsetzung von Kraftfahrzeug-Akkumulatoren durch und durch vertrauten, unbedingt zuverlässigen und tüchtigen **Annunzen-Landsberger, Breslau, Königstr. 2.**

**Wohnungen**

Genossin sucht **leeres Zimmer** mit möglichermaßen abgemietet. Oberst. Gehring bevorzugt. Offerten unter B 125 Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

**Berufe**

**Oberbett, 2 Kissen** mit totem Anlet 40 für 24.00 Pf. zu verkaufen Freiburger Str. 5, bp. links **Zutaten** auch für Herrenschneider **Reste** Fr. Frida Schmidt Kupferschmiedestr. 22/23

**Arbeitsmarkt**

Für leicht verkäuflichen, in jedem Haushalt unentbehrlich Artikel sucht bekannte, seit Jahrzehnten aufs beste eingetübte Firma redegewandten **1463** **tätigen Verkaufsgenossen**

gegen Wochenlohn u. Verkaufsprovision. Angebote unter 463 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

**B** alle veralten u. kaufen stets die **Interenten** unserer Zeitung in herkömmlichen



## Kleine Lügen.

Dialog zwischen Eheleuten.

Von Hermann Ungar.

Er, Sie. — Er sitzt am Schreibtisch. — Sie tritt ein. Vom Aussehen gerötet. Betont lebhaft.

Sie: Du bist zu Hause? Ich dachte, daß du heute im Klub bist. — Guten Abend! — Späde, daß du mir das nicht gesagt hast. Ich hätte den Wagen gut brauchen können. Wie lange bist du da?

Er: Eine Stunde, Liebling.

Sie: Du Armer! Eine Stunde. O Gott, man hat dir keinen Tee gegeben. Ich konnte doch nicht ahnen, daß du schon da bist.

Er: Zu Fuß gegangen?

Sie: Ja. Das Wetter ist doch so herrlich. Ich habe mir Schaufenster angelesen. Ueberall wundervolle neue Sachen. Man zeigt schon die Frühlingsschönen. Du mußt morgen mit mir gehen, ja, verspricht du es mir?

Er (sieht sie lange an).

Sie (rückt den Hut zurecht, zieht den Spiegel aus der Tasche): Was siehst du mich so an? Was ist denn los? Geh, du bist komisch! Vergerst du dich, daß ich nicht zu Hause war, du... (Sie neigt sich über ihn. Er wehrt höflich ab.) Bitte! Nur keinen Zwang. Ist denn Herrn etwas über die Leber getroffen? Gott, ich kann doch nicht ahnen, daß du heute aus dem Büro nicht in den Klub gehen wirst, aber mir kann es recht sein! Bitte, ich werde dich gewiß nicht mit Zärtlichkeiten belästigen.

Er: Ich verstehe deine Aufregung nicht. Sonderbar... Sie: Ich... ich aufgeregt... hahaha... Du bist aufgeregt, mein Kind, weil ich nicht dasige und warte, bis der gnädige Herr kommt. Das gute Weib! Gott, was ist das für ein Leben, das ich führe! Zu Hause sitzen und warten, immer genau warten! — Aufgeregt, sehr gut, warum sollte ich aufgeregt sein. — Was sind das für Einfälle. Du ist gar nichts sonderbar, mein Lieber. Ich wäre dir dankbar, wenn du mir sagen würdest, was du da sonderbar findest.

Er: Vor allem — wie gesagt — deine Aufregung, Liebling.

Sie: Vor allem! Und dann... Es folgt doch etwas nach, wenn ich richtig verstehe.

Er: Nun, eine Kleinigkeit. Eine optische Merkwürdigkeit, sozusagen.

Sie: Optische? Ich verstehe wirklich nicht mehr! Du bist krank, sehr krank! (Sie hat sich geküßt.) Ich bin ernstlich besorgt. Aber erkläre dich näher, was für eine optische Merkwürdigkeit... hahaha.

Er: Bitte, gerne. Du sagtest doch: „Zu Fuß gegangen“, was es nicht so? Und mir war, als ob ich dich vom Fenster aus aus meinem Auto... Sie: So, war dir so? Das ist ja herrlich. Also, ich soll wohl bis hierher zu Fuß laufen? Bei diesem Wetter! Der Herr fährt in seinem 80-PS-Wagen, und ich soll mir die Lunge aus dem Leib reissen.

Er: Habe ich das je verlangt, Liebling?

Sie: Es wäre mir auch im höchsten Maße gleichgültig, wenn du es verlangt hättest, mein Freund. Ich habe mir ein Auto genommen, an der Uhlandstraße, wenn du genau wissen willst, es hat zwei Mark sechzig gekostet bis hierher.

Er: Wieviel weißt du das?

Sie: Woher wird sie das wissen, die Kleine? Nun denke doch, denke einmal angestrengt nach, woher! Ich will das Geheimnis verraten. Beim Aussteigen zahlte ich. Ich gab fünf Mark und der Chauffeur gab mir zwei Mark vierzig heraus. Ich habe ihm zwanzig Pfennig als besonderes Trinkgeld gegeben. Bist du zufrieden?

Er: Merkwürdig! Wie das Auge mich getäuscht hat! Ich sah dich die Tür des Autos zuschlagen und gerabewegs auf das Haus zugehen.

Sie: Dieser Scharfsinn! Ich habe durch das Fenster gezählt, mein Geliebter. Ich liebe es nicht, auf der Straße zu stehen und zu warten.

Er: Oh, verzeih! Ich habe an diese Möglichkeit nicht gedacht, wirklich! Aber diese Chauffeure sind auch zu dumm. Kein Wunder, wenn sie auf keinen grünen Zweig kommen.

Sie: Die Chauffeure?

Er: Warum hat er denn den Tachometer nicht wieder auf „Frei“ gestellt? Er fuhr weiter ohne umzuschalten. Ich konnte

es genau sehen. Bei „Frei“ leuchten die beiden kleinen Laternen links und rechts vom Chauffeur auf. Der Wagen menbete an der nächsten Ecke und fuhr auf der anderen Seite der Straße noch einmal an mir vorbei, ich konnte ihn also noch einmal sehen.

Sie: Ein Verhör!... Das geht zu weit! Ich lasse mir das einfach nicht bieten. Verstanden? Ich verlange, daß man mir glaubt!

Er: Was denn, daß du zu Fuß nach Hause gegangen bist?

Sie: Ich bitte: keine Fronte! Ich weiß nicht, wer von uns beiden mehr Grund hat, ironisch zu werden! Ich lasse keinesfalls ein Verhör mit mir anstellen (mit tiefster Verachtung in der Stimme), Detektiv!

Er: Ich habe nicht die Absicht, dich zu verhören, mein Liebling. Aber gehört besondere Detektivbegabung dazu, anzunehmen, daß du nicht allein im Auto warst?

Sie: Gropartig! Ich bin nicht allein im Auto gewesen! Selbstverständlich nicht. Ich sehe nicht ein, warum ich das verheimlichen sollte.

Er: Ich auch nicht, mein Liebling. Das ist es ja gerade, was ich nicht einsehe.

Sie: Ich habe Edwin unterwegs getroffen, er hat mich, mich nach Hause bringen zu dürfen. Ich verstehe dich nicht, wirklich nicht... Du warst doch sonst nicht so. (Sie führt das Taschentuch an die Augen.) Kann es etwas Harmloseres geben, als sich nach Hause bringen zu lassen, wenn man einen Bekannten trifft, einen guten Freund? Kann es einen Grund geben, das zu verheimlichen?

Er: Gewiß nicht, wenn es Edwin gewesen ist.

Sie: Ich verbiete mir jeden Zweifel.

Er: Warum? Weil du von vornherein die Wahrheit gesagt hast?

Sie: Du bist komisch. Du siehst doch, daß ich nun nicht mehr lüge?

Er: Du kannst ganz ruhig sein. Ich habe in das Innere des Autos nicht hineingesehen. Ich könnte höchstens jetzt Edwin anfangeln.

Sie: Das wirst du nicht tun (sie ist aufgestanden). Das verbiete ich dir.

Er: Warum verbietest du es mir?

Sie: Ich will verhindern, daß du dich lächerlich machst. Nichts ist lächerlicher als Eifersucht.

Er: Du brauchst das nicht zu fürchten. Das Gespräch mit Edwin ist schon überflüssig.

Sie: Das ist wirklich klug. Ich wußte ja... wirklich, ich weiß, daß du klug bist, viel, viel klüger als ich, aber weißt du, es macht mir Spaß, deine Klugheit auf die Probe zu stellen, so mit kleinen harmlosen Lügen. Aber du bist mir noch immer dahinter gekommen. Ich bin so stolz auf dich! Du, weißt du, was die Modifarbe wird, die ausgesprochene Modifarbe: Blau! Was sagst du dazu?

## Redebüten aus dem alten Reichstag.

Ich habe einmal einen Offiziersburschen sagen gehört: „Ja, wenn es den Herren mal passiert, dann heißt es: sie sind heiter gewesen; und trifft es unsern, dann heißt es: das Schwein ist beloffen!“

Fürst Bismarck, 28. März 1886.

Gewöhnlich ist der Zustand der Trunkenheit ein unverschämter, er beruht auf einer besonderen Stimmung, auf Ueberschätzung der eigenen Kraft, er kann sogar in dem Gefühl eines sehr anerkanntenswerten Patriotismus wurzeln.

Abg. Träger, 5. April 1881.

Wollen Sie der leidenden deutschen Spiritusindustrie helfen, so trinken Sie nochmals Grog, und wollen Sie der leidenden Zuderindustrie helfen, so trinken Sie nochmals Grog, und sollen beiden Industrien geholfen werden, so muß der Grog das Nationalgetränk der Deutschen werden.

Abg. Broemel, 17. April 1885.

Ganz hinten an der Grenze, da ist ein tiefer Graben, der durch ein Dorf hindurchfließt; über dem Graben ist eine Brücke, die hatte kein Geländer, und als eines schönen Tages aus Gleiwitz eine Marktfuhr nach Hause fuhr, da stürzte der Wagen mit samt einer Frau, die darauf saß, hinunter in den Graben, und die Frau brach das Genick. Da wurde beschlossen, ein Geländer zu bauen, — aber nur auf der Seite, wo die Frau heruntergefallen war.

Abg. v. Schallha, 9. Mai 1883.

Oft nennt man das national, wozu man sonst keinen rechten Grund anzugeben weiß. Abg. Richter, 10. Mai 1878.

Man muß sich erinnern, daß das Volk geschlechtslos ist, d. h. daß alle verschiedenen Geschlechter im Volke vorhanden sind, und daß die deutsche Frau an jeden deutschen Abgeordneten genau das selbe Recht hat, wie der deutsche Mann. Abg. Träger, 19. März 1892.

Gott wird mit uns sein, wenn es auch nicht auf dem Zehnmarkstück steht, sondern nur auf dem Zwanzigmarkstück. Abg. Dr. Bamberger, 23. November 1871.

Der Herr Vorredner hat auch angeführt, wieviel Leute in Deutschland verurteilt werden. Es werden fast soviel Leute verurteilt, als überhaupt da sind. Abg. Dr. Bödel, 30. Januar 1891.

Es wird bei uns Deutschen mit wenig so viel Zeit totgeschlagen wie mit dem Biertrinken. Fürst Bismarck, 28. März 1881.

Aber, das kann ich sagen: aus der gesamten Lektüre, die ich gepflogen habe, habe ich die Ueberzeugung nicht gewinnen können, daß wir in der Produktion von Kohl hinter anderen Nationen zurückstehen. Abg. Dr. Meyer, 17. März 1885.

Meine Herren, ich meine, wir hätten im deutschen Reich schon mehr als hinreichende Gelegenheit, eingesperrt zu werden. Abg. Dr. Reichensperger, 6. März 1874.

Meine Herren, irgend ein geistvoller Mann hat einmal gesagt, die verständigen Leute in Deutschland seien sehr verständig, aber die Dummheit in Deutschland sei auch sehr dumm. Abg. Dr. Behrensennig, 17. April 1871.

Sie werden mir wohl zugeben, daß, wenn ein Arbeiter infolge einer Verletzung nach 14 Tagen stirbt, er dies nicht aus Simulation tut. Abg. Enjoldt, 1. Juni 1881.

Es wäre mir sehr interessant, den Nachweis dafür nur eintagemah geführt zu sehen, in welcher Weise Viehhölle den Menschen am freien Denken hindert. Abg. Schröder (Wippstadt), 23. Mai 1879.

Da sieht jeder auf seinem eigenen Stübchen; der eine verlangt die geschützte Baumwolle, der andere das geschützte Eisen, der Dritte die geschützten nationalen Gebisse; — ich habe — erst neulich davon mit einem sehr begeisterten patriotischen Zahnarzt gesprochen. Abg. Dr. v. Treitschke, 21. April 1877.

Denken Sie sich einmal, daß die Staatsprüfungen abgeschafft würden! Dann gingen doch, nachdem jeder Sporn für die Herren Studiosen wegfiel, die jungen Herren aus der Kneipe überhaupt nicht mehr heraus! Abg. Wegner, 12. Dezember 1888.

Der Zuder ist in erster Linie dazu geschaffen und hergestellt, daß er gegessen wird und nicht, daß er befeuert wird. Abg. Dr. Meyer, 3. April 1886.

Die Vernunft als solche ist kein als verfassungsmäßig anerkannter Faktor. Staatsminister Dr. v. Bötticher, 19. Januar.

Was so eine richtige deutsche Geduld ist, die wird überhaupt nicht leicht erschöpft. Abg. Payer, 25. November 1885.

## Zur Kulturlehre des Sozialismus.

Kulturlehre des Sozialismus von Gustav Radbruch.

2. Auflage. Schriften der Zeit. Berlin 1927.

Verlag J. S. W. Dieck Nachf.

Die bekannte Schrift des Genossen Prof. Radbruch erscheint jetzt in der Sammlung: „Schriften der Zeit“ in ganz neuer Gestalt. Sie ist so stark umgearbeitet und erweitert worden, daß sie fast als neue Schrift gelten kann. Wie alle Schriften des bekannten Rechtslehrers und Sozialisten ist auch diese außerordentlich inhaltsreich, prägnant und geballt. Nach einem kurzen Einleitungsaussatz, in dem das Verhältnis der Ideologie zur Ökonomie, also die ökonomische Gesichtsauffassung behandelt wird, wird nacheinander „Der sozialistische Gemeinschaftsgebanke“ und „die Kulturidee des Sozialismus“ dargelegt. Dann folgt je ein Abschnitt über: „Die Krisis der Demokratie“, über „Sozialismus und Nation“, „Sozialismus und Recht“, „Die Familienaufassung des Sozialismus“, „Sozialismus und Religion“, „Goethe und wir“. Die meisten dieser Kapitel sind ausgezeichnet. Nur dem Abschnitt „Die Krisis der Demokratie“ kann ich nicht zustimmen. Er enthält zum Teil vom sozialistischen Standpunkt aus nicht unbedenkliche Ausführungen.

In dem Abschnitt „Ökonomie und Ideologie“ wird vor allem auf die Rückwirkung der Ideologie auf die ökonomischen Machtverhältnisse hervorgehoben. Die Ideologien entspringen wohl zuerst aus den Interessen, dann aber entwickeln sich die Ideologien nach eigenen Gesetzen weiter und zwingen ihrerseits auch die Interessen in andere Bahnen. Das Interesse kann sich der Idee nicht bedienen, ohne seinerseits der Idee dienbar zu werden, meint R. Die Idee habe, so sehr sie ursprünglich aus dem Interesse entspringt, ihre eigene Logik. So erweist sich, in dem das Interesse zum Behalt der Idee werde, der historische Materialismus letzten Endes als ein objektiver Idealismus. R. kann die schwierige Problematik dieser Zusammenhänge natürlich nur andeuten, mir scheint jedoch, daß er dem Problem nicht einengt und mit dem materiellen oder wirtschaftlichen Interesse identifiziert, während es doch auch geistige, ideale Interessen gibt, d. h. Interessen, die auf geistiges, ideales gerichtet sind, wie sie aus geistigen Bedürfnissen entspringen.

Vor Ganzen vorzuziehen ist das Kapitel über den logischen, literarischen Gemeinschaftsgebanken. Er beschäftigt sich zuerst mit der Frage, wie es kommt, daß die Frage der

Notwendigkeit des Sozialismus zunächst nicht aufgeworfen wurde, daß aber heute diese Frage immer mehr in den Gesichtskreis der Sozialisten rückt. R. meint, unter konsequenter Anwendung des historischen Materialismus, als dessen Anhänger er sich in seiner Schrift überhaupt immer wieder zeigt, daß aus den veränderten ökonomischen Machtverhältnissen das Entstehen einer eigenen sozialistischen Weltanschauung notwendig folge. Er geht dann die Grundlinien dieser Weltanschauung, indem er vom Persönlichkeitsideal ausgehend die Veränderung aufzeigt, die dieses Ideal in ihr notwendig durchmacht. Sozialistisches Ideal sei die Persönlichkeit in der Gemeinschaft. Die Gemeinschaft aber sei stets Gemeinschaft zu einem gemeinsamen Werk, Verbundenheit der Menschen durch die gemeinsamen menschlichen Aufgaben. Doch scheint es mir falsch, wenn R. meint, Gemeinschaft sei überhaupt kein unmittelbares Verhältnis von Mensch zu Mensch. Sie ist es gewiß nicht nur, sondern sie muß auch stets Verbundenheit in der Arbeit sein. Aber gerade aus dieser Verbundenheit scheint mir dann doch eine unmittelbare Beziehung der Menschen zueinander zu erwachsen, die mehr ist als eine Verbundenheit im Werke. Später, im Abschnitt über „Die Familienaufassung des Sozialismus“ spricht R. denn auch selbst davon, daß die moderne Ehe zu einer bloßen persönlichen Beziehung zweier Menschen zueinander werden müsse, ohne die Grundlage einer besonderen gemeinsamen Aufgabe für diese zwei, da sonst überhaupt keine Ehe mehr möglich sei, lasse sich doch die Familie als Produktionsgemeinschaft nicht wieder herstellen. Somit scheint R. eine Gemeinschaft doch auch ohne Verbundenheit in einem Werke für möglich zu halten. Freilich ist sie hier auf Personen beschränkt, und das ist eine besonders sehr schwierige Problematik, aber daß eine rein menschliche Beziehung aller Menschen durch die Gemeinschaft der Aufgabe hindurch, sehr wohl möglich ist und erreicht werden muß, eine Beziehung, die allerdings unpersonlicher Art ist, aber doch eine unmittelbare Beziehung von Mensch zu Mensch darstellt, und daß der Sozialismus eine solche erreichen muß, scheint mir gewiß. Sie scheint mir denn auch in wahrer Brüderlichkeit ebendso enthalten zu sein, wie in Kameradschaft, die R. mit Recht als sozialistische Haupttugend anspricht. Brüderlichkeit bedeutet doch eine Ungeschlossenheit für alle Menschen und alles Menschliche, auch denen gegenüber, die einem zunächst fremd sind, und auch die Solidarität mit jedem, sei er auch noch so fern und persönlich unbekannt, der der gleichen Gemeinschaft angehört. Diese Aufgeschlossenheit, innere Brüderlichkeit, den andern sofort als Brüder zu behandeln, stellt tatsächlich eine unmittelbare Beziehung zu allen Menschen dar, die freilich keine persönliche Beziehung ist und auch wegen der

ferne und Fremdheit der anderen zum großen Teil nicht sein kann. Und wenn Kameradschaft auch keine Liebesgemeinschaft ist wie die Freundschaft, sondern Arbeitsgemeinschaft, so ist sie doch mehr als bloße Arbeitsgemeinschaft. Im übrigen freilich scheint mir R.s Unterscheidung zwischen Freundschaft und Kameradschaft sehr treffend. Besonders gut sind in diesem Abschnitt die Ausführungen darüber, wie man Persönlichkeit erwirbt. Selbstvergeßlichkeit, Hingabe, Sachlichkeit sind ganz sicher die wichtigsten Kennzeichen des sozialistischen Persönlichkeitsbegriffs, nicht Andersartigkeit, Originalität, Selbstherrlichkeit usw. Was im Zusammenhang damit dann über die Nation gesagt wird, zeigt sich später als besonders fruchtbar. Sie ermöglicht R., eine reise, sozialistische Auffassung vom Nationalbewußtsein zu entwickeln und der nationalen Idee zugleich eine neue Tiefe und eine über den sich abperrenden, aggressiven Nationalismus hinausgreifende Weite zu geben. Das geschieht im Abschnitt „Sozialismus und Nation“, in dem R. ganz ausgezeichnete Ausführungen zu diesem Thema macht. Danach ist eine nationale Kultur lediglich die in der selbstvergessenen Arbeit an der Menschheitskultur zu Tage tretende tatsächliche Eigenart des Volkes und der Schaffenden, nichts weiter, aber kein besonderes Ziel der Arbeit eines Volkes. Die Ziele des Schaffens sind vielmehr lediglich die sachlichen Kulturwerte, das Schöne, das Wahre, das Gute, so wie es in einer Zeit und in einer Gesellschaft jeweils aufgefäßt wird. Der Betrachter des vollendeten Werkes erkennt dann, daß es von besonderer Art ist, weil die es Schaffenden ihre besondere Art bejahen. Will man dagegen eine nationale Eigenart schaffen oder als einzelner sich selbst zu einer Persönlichkeit machen, so verfehlt man das Werk. Man bläßt sich dann nur, schafft aber nichts und verfehlt in dem wieder der einzelne eine Persönlichkeit, noch ein Volk eine Nation. Denn eine Persönlichkeit ist nur, wer etwas schafft, eine Nation ist nur ein Volk, das eine Kultur hervorbringt; hier aber wird überhaupt nichts geschaffen.

Vorzüglich ist das Kapitel über „Die Kulturidee des Sozialismus“. In ihm wird zuerst die Eigenart der kapitalistischen Kultur umrissen. Die Gestaltung der einzelnen Kulturgebiete von einander, die Aufreißung des Gegenüber zwischen Gebildeten und Ungebildeten, die Aufhebung der Kultur in ihre Bestandteile, die ungeheure quantitative Überhäufung objektiver Kulturgüter aller Art (Kunstwerke, Maschinen usw.), die von niemanden, vor allem nicht von den Arbeitern aufgenommen, erlebt werden können dargelegt, es wird aufgewiesen, wie das Streben der Kunst auf die Ausübung individueller Manieren der Künstler geht und dadurch ein wahrhafter Stil, der stets Gemeinschaftscharakter ist, unmöglich wird, wie



# Sozialistische Literatur-Rundschau

## Neue Dramatik.

Von Friedrich Schlegel: Drei anspruchsvolle Stücke. Im Propyläen-Verlag, Berlin 1927.

Diese drei Stücke gehören zu den bemerkenswertesten Erscheinungen der jüngsten dramatischen Literatur. Sie bestehen aus einem historischen Drama, einer zeitgenössischen Komödie und einem Stück aus dem beginnenden Zeitalter der Trübsal.

In der Komödie: „Wie d' Hill a mnestriert?“ handelt es sich um eine Satire auf den modernen politischen Betrieb, auf die Abhängigkeit des bürgerlichen Parlamentarismus vom Kapital einerseits, auf den modernen Heroenkult andererseits. Auch wird versucht zu zeigen, daß viele Menschen ganz anders sind, als sie sich gebärden. Es geht dabei um einen Mann, der wegen Erbschaftsangelegenheiten verurteilt wurde, weil er gegen den ausdrücklichen Befehl seines Vorgesetzten das politische einzige Richtige und das menschlich Gebotene tat. Dabei wurde er, formal durch den Richter, verurteilt, trotzdem er in der Sache recht befehlt, so daß der Kampf gegen seine Verurteilung also nicht ein Kampf gegen einen Justizmord ist. Der Fall liegt vielmehr ebenso wie im „Prinzen von Homburg“.

Zur Satire auf den Heroenkult gehört nun die Aufdeckung der Tatsache, daß dieser Mann, der anscheinend als Märtyrer seiner Ueberzeugung leidet, in Wahrheit nicht für eine Tat aus Ueberzeugung im Gefängnis sitzt, sondern wegen eines von ihm selbst nicht aufgestellten Verurteilungs. Er hat nämlich in Wirklichkeit den Befehl gar nicht erhalten, hat aber diese Tatsache dem Gericht aus Eitelkeit verschwiegen. Oder weil er nicht den Mut und die Kraft hatte, die ihn wegen seiner angeblichen Tat Vergeltungen zu entlassen. Damit wird nicht nur gezeigt, daß nicht alle Helden sind, die als solche erscheinen, sondern auch, daß Helden zumeist erst daraus entstehen, daß die Menschen einen bestimmten Mitemmenschen dazu machen. Es wird gezeigt, daß der Heroenkult sehr oft nur der Wunsch der Bewunderungs-, Anbetungs- und Selbstbespiegelungsbedürfnisses derjenigen ist, die selbst nicht fähig sind, Taten zu tun.

Die Satire auf den modernen politischen Betrieb in kapitalistischen Staaten liegt mehr am Rande. Sie ergibt sich nebenbei bei der Aufdeckung der wirklichen Menschen hinter den Masken, die wir alle tragen. Der smarte Geschäftspolitiker und Parlamentarier ist im Grunde ein guter Kerl, der sich freut, endlich einmal nach seinem Gefühl handeln zu können und herunter zu leiden, als ihm das dadurch vergiftet wird, daß man ihn dann zu dieser Handlung auch noch zwingt, so daß seine Tat ihm unter der Hand wieder zu einer Geschäftshandlung verfälscht wird. Die Satire freiwandlers ist aber bei aller Schärfe im Grunde gutmütig. Das liegt daran, daß er kein Menschenverächter ist. Als die Frau, die zunächst nur deshalb für seinen „Märtyrertod“ kämpft, weil sie in ihm einen Helden sieht, erkennt, daß er gar kein Helden ist, wird sie ihm doch nicht untreu, sondern, da sie ihn nun wirklich liebt, ist er ihr auch als gewöhnlicher Sterblicher recht.

So löst sich das Stück in Wohlgefallen auf, weil ein Mensch innerlich zu gesund ist, um eine Sache tragisch zu nehmen, die im Grunde gar nicht tragisch ist, sondern nur dann tragisch ausgehen würde, wenn der in Frage kommende Mensch die Verletzung seiner Eitelkeit tragisch nähme.

Das historische Drama, das schmächste der drei Stücke, will zeigen, wie ein Herrscher aus Menschlichkeit unter bestimmten Umständen zu Unmenslichkeiten im einzelnen kommen kann. Wie das Gute oft nur erstritten werden kann durch Anwendung über die Mittel, weil gute Mittel auf die Menschen, wie sie sind, nicht wirken. Ferner, daß einer, der eine Sache will, um dieser Sache willen seine persönlichen Wünsche opfern, persönlich auch sein darf, ja selbst den Schein persönlicher Anteilnahme vermeiden muß. Weiter, daß es unvereinbar ist, ein Land zu entwickeln zu wollen und doch großen Gewinn aus ihm zu ziehen, daß also auch politisch niemand zwei Herren dienen kann. Und endlich, daß es anständiger ist, sich zur Gewalt ehlich zu bekennen, wenn man sie anzuwenden für notwendig hält, als von Menschlichkeit zu reden und sie von anderen zu fordern, während man sie durch die Ansprüche, die man an sie stellt, zu Gewalttätigkeiten förmlich zwingt. Dies wird gezeigt an der gemäßigten Entwicklung und Durchdringung Indiens durch den Generalgouverneur der englischen ostindischen Kompanie Warren Hastings und an dem Kampf, den dieser Mann mit dem Generalbenediktigten der Kompanie führen mußte, die ihn zu residieren nach Indien gekommen waren. Dadurch wird zugleich die Apologie eines Gewaltherrschers erhebt, der, so gewalttätig er vorgeht, im Grunde doch nur dem Lande dienen will, das er beherrscht, und die doppelte Moral des kapitalistischen Imperialismus aufgezeigt.

Am eigenartigsten und bedeutungsvollsten ist das erste Stück: „Die Petro-Oleum-Inseln“. Es schildert den Kampf zweier Ozeane um den Weltmarkt und den des jetzigen Besitzers der Ozeane mit den Vorbesitzern um die Gestaltung des Erdreiches, der die Quallen entfällt.

Schon durch seinen Stoff ist dies Stück kulturgeschichtlich interessant. Es kennzeichnet mit brutaler Offenheit unsere Zeit und seinen Kapitalismus. Zugleich wird die Welt des Großkapitals, die vom Streben nach Profit und Macht beherrscht ist, gegenübergestellt einer Welt, in der die Menschen noch Sinn für geistige Werte, insbesondere für Schönheit haben.

Dieses Stück ist eigenartig aber auch durch seinen Stil. Es ist ein stark satirisch und karikaturistisch eingestellter Ueberrealismus, der besonders den Lebensstil und das Sichgeben der kapitalistischen Amerikaner von heute in konzentrierter und gesteigerter Form darzustellen sucht. Dies Vermögen zeigt sich besonders in der Sprache und in den von den handelnden Personen verwendeten Bildern und Vergleichen.

Das Stück erhebt aber vor allem das Denken und Fühlen der modernen Großkapitalisten. Es zeigt, wie das Geld alles niederragt oder zu sich herüberzieht, wie es das Denken und Fühlen aller Menschen beprägt. Das gilt nach J. freilich nur für die Männer. Den Frauen dagegen geht der Mann höher als das Geld. Trotzdem zeigt sich hier gerade eine Frau als erfolgreichste Großkapitalistin. Deshalb ist sie aber doch nicht in ihrem Wesen die reinste Kapitalistin. Das ist vielmehr ihr männlicher Gegenspieler, der amerikanische Agent der Sowjet-Regierung, der ihr zwar unterliegt, den aber das Streben nach Geld und Macht viel ausschließlicher beherrscht als jene Frau. Gerade deshalb unterliegt er, gerade deshalb flieht sie. Weil es ihr bei dem kapitalistischen Sieg um mehr geht als um den Erfolg selbst, ist sie klüger, schaut sie weiter, geht sie rücksichtsloser vor. Diese Frau wird nämlich im Grunde nur um den Mann, um Liebe. Sie, die Reichste, Mächtigste, ist arm an Liebe. Kein Mann will sie, weil sie abstoßend häßlich ist. Die Leute nennen sie „Aeffin“. So muß sie sich einen Mann kaufen. Sie opfert große Summen dafür, will sogar ihre Macht mit dem Mann teilen, und weil sie, innerlich todmüde, nur an ihre Rache denkt, während ihrem Gegenspieler die Liebe nur ein Mittel zum Zweck ist, hat ihr Handeln eine Triebkraft, die unüberwindlich ist. Woraus folgt, daß Haß und Liebe auch in der kapitalistischen Welt noch die stärksten Triebkräfte sind, wenigstens bei den Frauen, (vielleicht wäre es richtiger, zu sagen: wenigstens bei außergewöhnlichen Menschen, wie die Aeffin sicherlich einer ist), daß das bloße Profitstreben dagegen nicht auskommen kann. Nebenbei: es zeigt sich auch, daß das Verzichtsmüssen, das Paradies, und sei es auch nur in Folge der eigenen Häßlichkeit, die Menschen zu außergewöhnlichen Leistungen aufweicht, sie zu außergewöhnlichen Naturen macht. Im Grunde wirkt freilich in beiden Menschen doch die gleiche Triebkraft: der Geltungstrieb des Menschen. Nur daß dieser Trieb bei den Männern eine andere Gestalt annimmt als bei den Frauen. Bei den Männern tritt er unmittelbar als Machtstreben auf und damit heute als Profitstreben, bei den Frauen als Streben nach Eroberung der Männer; Machtstreben ist bei ihnen nur ein Ersatz für die fehlende Eroberung der Männer, ein Mittel, um Männer zu erobern, oder — eine Waffe für die Rache der Beschämten.

Wunderbar an diesem Stück ist die Vielfalt der Typen, die Kühnheit, mit der die besondere Lebensform unserer Zeit geschildert, ja des erst herausgehenden Zeitalters vorgehnt wird. Dies Stück hat wie kaum eines sonst den Ton unserer Zeit. Am deutlichsten wird das an dem Spottlied der Arbeiter auf die Aeffin. In ihm klingt wirklich die Melodie unserer Zeit. Es hat den Rhythmus unseres Lebens.

Unter diesem Titel hat der kommunistische Reichstagsabgeordnete Höllein ein mehr als 200 Seiten umfassendes Buch herausgegeben, das einen höchst anerkanntswerten Zweck verfolgt und mit Nutzen auch von denjenigen Proletariaten gelesen werden kann, die politisch auf einem anderen Standpunkt stehen als der Verfasser. Die Vorarbeiten zu seinem Werke liegen lange zurück, bis in der Vorkriegszeit, als Höllein noch in der Sozialdemokratischen Partei seines Mannes stand. Das Buch ist aber bis in die letzten statistischen Ergebnisse mit seltener Gründlichkeit und Genauigkeit fortgeführt und ergänzt worden. Und merkwürdig: die Zahlen, die Höllein über Geburtenrückgang, Säuglingssterblichkeit und Vorbeugungsmaßnahmen anführt, sie deuten für die fünfzehn Jahre, die das Buch auf seine Veröffentlichung warten mußte, bereits die Richtigkeit der vom Verfasser vertretenen Forderung — genau so wie er es empfiehlt.

## Gegen den Gebärzwang.

Unter diesem Titel hat der kommunistische Reichstagsabgeordnete Höllein ein mehr als 200 Seiten umfassendes Buch herausgegeben, das einen höchst anerkanntswerten Zweck verfolgt und mit Nutzen auch von denjenigen Proletariaten gelesen werden kann, die politisch auf einem anderen Standpunkt stehen als der Verfasser. Die Vorarbeiten zu seinem Werke liegen lange zurück, bis in der Vorkriegszeit, als Höllein noch in der Sozialdemokratischen Partei seines Mannes stand. Das Buch ist aber bis in die letzten statistischen Ergebnisse mit seltener Gründlichkeit und Genauigkeit fortgeführt und ergänzt worden. Und merkwürdig: die Zahlen, die Höllein über Geburtenrückgang, Säuglingssterblichkeit und Vorbeugungsmaßnahmen anführt, sie deuten für die fünfzehn Jahre, die das Buch auf seine Veröffentlichung warten mußte, bereits die Richtigkeit der vom Verfasser vertretenen Forderung — genau so wie er es empfiehlt.

hat sich die tatsächliche Entwicklung in diesen Jahren trotz aller Geister der Muder, trotz gelegentlicher Drohungen der Sozialisten vollzogen. Die Geburtenregelung beginnt in unterindustriellen, so vielen kritischen Schwankungen ausgehenden Ländern Mitteleuropas ein bedeutsamer Faktor für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse zu werden. Das beweist Höllein, der Hand von mit sehr großer Sorgfalt zusammengestellten Material auf den ersten hundert Seiten eines Buches, die ausschließlich der volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Seite der Frage gewidmet sind. Sie kommen zu zwingenden Schlüssen für die Berechtigung des zweiten Buchteils: den praktischen Maßnahmen für die Geburtenbeschränkung, über die ich als ein sachkundiges Urteil nicht äußern kann, die aber von einem ganzen Reihe von hervorragenden Ärzten, sowie von Herrn Professor Dr. Hirschfeld, Droyen, Leibhaber, Dr. Hoban und Dr. Moles als eine überaus wertvolle, treffende und wissenschaftliche Zusammenfassung der für diese Zwecke medizinisch-ethisch einwandfreien Mittel gerühmt werden. Gerade die Tatsache, daß in proletarischen Kreisen die Kenntnis der Verhütungsmittel noch immer sehr beschränkt ist, während die höhere Klasse, wie ihr Ein- und Zweiteinstündigen beweist, sich Kabinettreden damit umgehen weiß, läßt das Buch, das von Herrn Höllein im Selbstverlage (Charlottenburg, Horweg 5, M. 2., für 3 Mark herausgegeben wird, sehr erwünscht erscheinen. Soweit ich sehe, hat sich der Verfasser auch im volkswirtschaftlichen Teil von der Einschmuggelung parteipolitisch propagandische ferngehalten. Ein gelegentlicher Hinweis auf die bildliche Maßnahmen in Russland, deren Richtigkeit viel weniger nicht immer nachgeprüft werden kann, ändert an dieser anerkennenswerten Zurückhaltung nichts. Dafür hat der Verfasser in einer lehrreichen Tabelle über die Säuglingssterblichkeit in allen wichtigen Staaten der Erde Russland auslassen müssen ohne eine Erklärung darüber, ob es geschah, weil kein brauchbares statistisches Material vorlag, oder weil etwa dieses Material für Russland sehr ungünstig war. Weber das ein noch das andere würde ja für das ausgeschaltete Land sprechen. Doch das sind schließlich Nebenächlichkeiten in dem zur Klärung bestimmten und geeigneten Buche, das jeder sozialdemokratische Proletarier und jede Frau mit großem Nutzen lesen wird.

## Die Höllebervernichtung.

Zu dem neuen gleichnamigen Buch von Dr. Heinz Deem.

Der Inhalt des ziemlich umfangreichen Buches dreht sich um zwei Punkte, die schon vom gleichen Verfasser in vielen Schriften behandelt worden sind, die Gegnerschaft gegen die Salvarianer und die Vorwürfe für ein Geheh zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Beide Punkte sind in der Volkswirtschaftlichen Gegenwart ausführender Auseinandersetzungen aus dem Blick der Referenten gewesen, so daß ein erneutes Eingehen auf Einzelheiten im Rahmen dieser Buchbesprechung nicht nötig zu sein scheint. Nur soviel soll gesagt werden, daß bis heute die Salvarianer noch immer das wirksamste aller bekannnten Syphilismittel ist und daß vorkommende Schädigungen selten und in höherem Grade vermeidbar sind und von den ungeheuren Vorteilen der Mittels weit überwogen werden. Der enorme Rückgang der Syphilis ist in erster Linie auf die ausgedehnte Anwendung der Salvarianer zurückzuführen.

Die Diskussion über die Gehehsvorschläge ist im Augenblick der Einführung des neuen Gehehs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nicht zeitgemäß. Warten wir doch einmal dessen Wirkung ab. Das neue Geheh vertritt nicht einen wesentlichen Teil der dreiwöchigen Forderungen, nämlich der Ertrag der sittenpolizeilichen durch gesundheitsdienliche und für sorgfältige Maßnahmen. Allerdings wird es Dreuw trotzdem nicht befriedigen, da es glücklicherweise das von ihm Diskretionismus genannte umständliche und nicht sicher distrete Mittelbestimm bringt, das das deutsche Volk mit großen Kosten und einem ungeheuren Apparat von Formularschreiberei belasten würde.

Die Anordnung des Buches ist unübersichtlich. Die Form aggressiv und unwissenschaftlich. Der Wert des Buches, der in dem angeführten Material und in der temperamentvollen subjektiven Ueberzeugung des Verfassers liegt, wird durch den unvollständig uninteressanter maßloser Polemik, durch die Unterfütterung wissenschaftlicher Großtaten und die Ueberhöhung eigener Ideen und Leistungen zunichte gemacht.

Das sonst besonders schlecht ausgestattete Buch ist mit zwei großen Bildern des Verfassers geziert, nicht uncharakteristisch für die ganze Art des Werkes.

Man ist bei der Lektüre versucht, an die Kritik eines Göttinger Professors — ich glaube es war Liechtenberg — zu denken, der über ein Buch sagte: Das Buch ist auf schlechtem Papier gedruckt, schade um das schöne Papier! Dr. Wiener.

der Wille überall nach individuellem Hervortritt, individuellen Spitzenleistungen strebt, wie alle Kulturarbeit unschlüssig wird und auf Hervorhebung der eigenen Person ausgeht. Diesem eilen Gebaren gegenüber steht die Bestimmungsgelassenheit der Aufnehmenden, die für alles ein Organ haben, weil sie selbst keine eigene Ueberzeugung, keine eigene innere Linie besitzen. A. schildert dann die Vorläufer dieser sozialistischen Kunst, die er im Naturalismus erblickt, der die Kunst des sozialgeformten Teils des Bürgertums gewesen sei, während der Dichter damals noch nicht als Sprecher aus der Masse hervorgetreten sei, was vielmehr erst im Expressionismus beginnt. (Zoller, George Grosz, Kaiser). A. zeigt, wie die Kultur der sozialistischen Arbeiterklasse (die noch keine sozialistische Kultur ist) zuerst eine Seitenkultur war, und diesen Charakter nur abstreifte, um, wie die bürgerliche Gesellschaft immer mehr mit sozialistischen Gedanken durchdringt wurde, ihrerseits ihre Absperrung gegen die bürgerliche Kultur aufzugeben und sich mit den Werten der bürgerlichen Kultur anzuhängen, so daß wir heute ein Zusammenwachsen bürgerlicher und proletarischer Kultur beobachten können. Mit Recht meint A. nun, daß hier die Keime einer sozialistischen Kultur nicht zu finden sind. Als Anhänger des historischen Materialismus versucht er sie vielmehr in den neuen soziologischen Tatsachen, in der neuen Lebensweise der modernen Gesellschaft selbst zu entdecken. Das Kennzeichnende für sie aber ist das Aufstehen der Menschen als Massen. Das Leben, zumal das des Proletariats, ist Leben in einer Masse. Proletarische und sozialistische Kultur kann daher stets nur Massenkultur sein, sie kann nur die Aufgabe haben, die Masse zu veredeln. Die neue Kultur muß daher Gemeinkultur sein, in der der einzelne Mensch verschwindet. In diesem Sinne ist sehr seine Worte über die Unerschwinglichkeit der veredelten proletarischen Verhältnisse zur Auffrischung der Masse, über den Kulturwert der Masse selbst. Sehr wichtig ist dabei die Bemerkung, daß, wie man über die Masse, so wie sie ist, auch denken mag, sie doch auf jeden Fall „Kohäsion zu allem Vater“ ist. Aus dieser soziologischen Sachlage ergibt sich dann auch, welche Punkte im Zeitalter der sozialistischen Kultur im Vordergrund stehen werden, es sind notwendigerweise die Punkte des kollektiven Genusses, also das Drama, die Singspiele, die Karikaturen, die literarischen A. für die werdende sozialistische Kultur aber das Problem, die Arbeit der Masse selbst, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Arbeit der Arbeiterklasse nicht nur ein Mittel zum Zweck ist, sondern ein Zweck an sich. Die Arbeit ist die Arbeit, wie sie bereits heute im Zeitalter der Sozialisierung und des freigeleitenden Zeitalters ist.

tulnieren. A. gesteht, daß er für dies Problem noch keine Lösung sieht. Boretz muß es genügen, diese Frage zu stellen, seine Lösung kann erst die sozialistische Kultur selbst bringen. A. bespricht dann noch in feinsinniger Weise die Rolle der Wissenschaft der Schule in ihr. Diese Schule wird notwendig Arbeitsschule, Gemeinschaftsschule und weltliche Schule sein. Für diese, die zwar bürgerlich ist, aber deshalb nicht weltanschauungslos sein wird, ist aber erst dann eine Lebensmöglichkeit gegeben, wenn das ganze Volk im neuen Geist verzeit ist, denn diese Schule muß eine Schule für das ganze Volk, darf keine Sonderchule sein. Bis dahin wird man sich mit der Schule der A. (Realität und Toleranz, d. h. der Simultanerziehung begnügen müssen. Zum Schluß dieses Kapitels lehrt A. dann noch etwas sehr Wichtiges: daß die neue Kultur die bürgerlich-individualistische Kultur nicht ausschließen und ersetzen, sondern einschließen und ergänzen wird. Die neue Kultur wird die bürgerliche Kultur nicht verdrängen, sondern sie weiter leben und sich entwickeln. Denn Kultur ist nicht nur ein Individuelles, sondern ein soziales. Erkenntnis aber ist auch eine notwendige Voraussetzung wollen. Erkenntnis. Der Mensch reißt erst völlig heran, wenn er um sich selbst weiß und damit auch um die Welt um uns herum, da ein Wissen von uns selbst ohne eine Erkenntnis der Welt nicht möglich ist. Darum verlange die selbstverehere Freunde am „Wissen und Denken“ ihren Platz auch in einer sozialistischen Gemeinkultur.

A. vertritt sodann seine Grundgedanken auf die einzelnen Kulturgebiete an. In dem Abschnitt über „Sozialismus und Kunst“ wird er, wie aus dem sozialistischen Gemeinkulturbuch eine neue Auffassung des Rechts erwächst, er stellt die neuen Rechtsgebieten dem alten individualistischen Recht, das im Kern Recht des Menschen selbst, während des neuen Rechts des Menschen selbst, gegenüber und zeigt die Aufgabe des neuen Rechts besonders auf dem Gebiet des Sozialismus. Von der Gemeinkulturauffassung des Sozialismus haben wir schon gesprochen. Hier sei deshalb nur noch kurz hingewiesen, daß A. mit Recht die alte Ehe als eine unethische Institution bezeichnet und damit die neue Ehe als eine „Gemeinschaft“ im Sinne von Tönnies, d. h. eine Beziehung zur Erreichung praktischer Zwecke heraushebt. In dem Kapitel „Sozialismus und Religion“ zeigt A. zunächst das dem Sozialismus und dem Christentum Gemeinsame an, um dann die grundsätzliche Verschiedenheit der

christlichen und der sozialistischen Ethik darzutun. Er zeigt, daß trotz der Ethik der Nächstenliebe das Christentum letzten Endes radikaler Individualismus ist, indem es nach ihm „von Gott“ nur den einzelnen Menschen und seine Seele gibt, daß alle sozialen Probleme im Grunde für das Christentum gar keine wirklichen Probleme sind. Dann aber geht A. einen entscheidenden Schritt weiter, indem er diesem religiösen Individualismus neben aller Sozialethik einen „vollgültigen Platz“ in der Menschenseele einräumt. A. erkennt damit an, daß es neben den sozialen Problemen ein besonderes innermenschliches Problem gibt, das seiner Natur nach individueller Art ist, das immer ein rein persönliches Problem des Einzelnen ist, so sehr sein idealer Gehalt wiederum sozial bedingt ist. Es ist das religiöse Problem und hat mit dem sozialen Problem, das im Grunde ein ethisches ist, nichts zu tun. Das soziale Problem geht den Menschen an, sofern er körperlich und geistig unautonóm in die Welt der Menschen eingegliedert ist, das religiöse Problem geht den Menschen an als ein eigener, als eine Individualität. Es geht hier um die individuelle Stellung des einzelnen zum Ganzen des Lebens, darum wie jeder einzelne für sich mit dem Leben fertig wird. Mit dem Sozialismus hat das Problem also sachlich nichts zu tun, nur insofern muß es der Sozialismus in den Kreis seines Denkens einschließen, als die äußere Not und die damit verbundene Abkämpfung der Seele die Proletarier gar nicht zum Erleben selbst verstimmt. Um also den Menschen zum Erleben dieser inneren Not zu befähigen, ihm dadurch aber auch die höchste innere Erhebung zu schenken, muß der Sozialismus das äußere Problem lösen. So vertritt A. dann seine Betrachtungen mit dem Satz: „Die Stunde der Religion hat erst dann geschlagen, wenn Unrecht und Elend weggeräumt und der Weg zur eigenen Seele auch für den Proletarier frei geworden ist.“) Aufgabe des Sozialismus ist es also, den Menschen frei zu machen zu einem religiösen Leben. Daß das nichts zu tun hat mit der landläufigen Auffassung von Religion und auch nicht auf eine religiöse Begründung des Sozialismus selbst hinausläuft, dürfte ebenso klar sein, wie, daß alles dies mit der Stellung der sozialistischen Bewegung zum Christentum nichts zu tun hat und den alten Grundgedanken „Religion ist Privatangelegenheit“ über seinen rein negativen Sinn, daß die Religion weder Staats- noch Parteisache ist, hinaus erst einen positiven Sinn gibt. A. Kranold.

(Schluß folgt.)

Diesem Gedanken habe ich schon früher Ausdruck gegeben in meinem Aufsatz: „Sozialismus und Religion“ II in der Zeitschrift „Die Tat“ Jena, Märzheft 1925.



## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 26. Oktober.

### Politik auf der ganzen Linie.

Partei und Politik sind Schreckenswörter für den deutschen Arbeiter. Sein Gesichtskreis reicht nicht weit über den Bierhimmel; er will vor allen Dingen „seine Ruhe haben“; wer ihm sein größtes Feind. Das gilt selbstverständlich und insbesondere von den dauernd unzufriedenen und unzufriedensten Sozialisten, die nach wie vor das Volk aufheizen und die falsche Politik des Spießers fördern. Die grenzenlose Unwissenheit verbirgt unter den nationalen Spießhaken, mit denen der Besitz seine Unzulänglichkeit verkleidet; der Spießhaken ist selbstverständlich schwarzrot. Er ist das dümmste, zugleich auch das hinderlichste Element für allen Fortschritt. Der Kampf ist hier am schwersten, gegen Dummheit selbst die Götter vergebens kämpfen. Ganz anders stellt sich die Klasse dar, die Herrschaftsrechte besitzt zu erweitern und zu verteidigen trachtet. Das Großkapital macht sich zum Zwecke der Erhaltung seiner Macht alle Mittel nutzlos dienlich. Es ist in dieser Frage von unüberwindlicher Geflossenheit. Was es dem Proletariat zum Verhängnis macht, das führt es selbst nutzlos durch; den Klassenkampf. Der große Kampf in Mitteleuropa, das schreckliche Nein der Unternehmer, die Forderung höherer Löhne bei eintretenden Lohnerhöhungen sind ein anschauliches Spiel. Das Proletariat, die große Schaar der Hände und Köpfe, hat keine Veranlassung, weniger geschloffen und disziplinierter zu handeln. Die politische Organisation, höchste einheitliche Lenkungsorgane im politischen Kampfe, sind heute notwendiger denn je. Es gibt keinen Grund für teilnahmsloses beiseitegehen. Viele gewerkschaftlich organisierte Kollegen halten diese Zurückhaltung für ausreichend; der tägliche Kampf ums Brot, den Gewerkschaften vor allem führen und der oft kleine, aber ständige Ergebnisse zeitigt, scheint ihnen wichtiger, die politische Partei nebenbei zu führen. Leider bringt dieser Kleinriegel auch mit sich, Genossen, die ihn berufsmäßig führen, oft den Willen für die Zusammenhänge getrübt bekommen. Der tägliche Einfluss, die in ihrem Wirkungsbereich spüren, fördert eine falsche Machtstellung, die der politischen Untinteressiertheit oft Vorschub leistet. Hier muß betont werden, daß die Gewerkschaften ohne eine politische Partei nichts sein könnten, beider Arbeit greift sie eng ineinander. Die Partei fordert, schützt vor, schafft geschlossene Veranlassung, sichert verwaltungsmäßige Durchführung. Die Gewerkschaft stützt und nützt den eroberten Raum aus, überbaut und baut aus, was im politischen Ringen erstritten und erzielt wurde. Schwäche oder das Fehlen der politischen Partei zeigt sich auch gewerkschaftliche Tätigkeit zurück. Das zeigt die Zerlegung der Gewerkschaften in falsche Stufen, das zeigt die Untugewerkschaftsgesetze in England. Auch Ergebnisse des gewerkschaftlichen Kampfes können durch politische Maßnahmen der bedeutungslos gemacht werden, so Lohnerhöhungen durch Steuer- und Sozialpolitik im Interesse des Besitzes. Daher ist die politische Organisation ebenso wichtig, wie die gewerkschaftliche; sie ist eine Pflicht aller Gewerkschaftskollegen. Jeder Bürger im Proletariat darf es doch nicht geben. Auch die alte Entschuldigung „es paßt mir nicht“ oder „die Partei machen, was sie wollen“ ist sehr oberflächlich. Wo etwas geändert werden muß, geschieht das durch festes Handeln, nicht durch unzufriedenes Murren. Wenn die Masse nicht lebendig und auf der Höhe ist, ergänzt sie den Führer nicht ohne sie nicht denkbar, gegen sie erst recht nicht. Auch der falsche Kurs, eine klare proletarische, den Massen verständliche Politik ist von der Anteilnahme der Massen abhängig. Dem Erfolg dient nicht die Zerplitterung, sondern die Einheit des Proletariats in seiner stärksten und schlagkräftigsten Gruppe, der Sozialdemokratie. Meinungsverschiedenheiten sachlich erörtern, beheben und fördern die Bewegung. Bruderkampf eine Sünde am Proletariat, in der geschlossenen Kampffront an uns der Klassenkampf Vorbild sein. Daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit des politischen Kampfes überall wächst und die ständige Linie der Politik unseres Proletariats volles Verständnis bei den Genossen in den Fabriken findet, zeigen die vielen Betriebsversammlungen, zu denen der Parteisekretär angefordert wird. Erst am Sonnabend wurde er wieder zu einer Betriebsversammlung der Firma Kudei, Baugeschäft, mit gutem Erfolge sprechen. Mäße die bis zum 13. November verlängerte Arbeitszeit der Arbeiter zu den bisherigen staatlichen Erfolgen gerade in Breslau viele neue bringen. Die großen Entscheidungen des nächsten Jahres müssen eine gerüstete, klarsehende Arbeiterkraft finden.

### Zur Reinigung beim Landesorchester.

Fort mit Kunth und Ullmann!

Ein Mitglied des Breslauer Orchestervereins schreibt uns: Nicht allem anderen, was aus Anlaß der Aussperrung des Landesorchesters in der „Volkswacht“ zu lesen war, interessiert mich der Abdruck des Briefes, den Professor Dr. Schneider in die „Schlesische Zeitung“ gerichtet hat. Er hat unter den Breslauer Musikfreunden geradezu sensationell gewirkt. Man muß sich daran erinnern, daß in der Mitgliederversammlung des Breslauer Orchestervereins am 17. Oktober nach Mitrat und Kunth und Ullmann auf den Plan traten und mit Unterstützung vieler Zuhörer nachzuweisen suchten, daß nicht der von ihnen mutwillig heraufbeschworene Konflikt mit den Musikern, sondern die schlechte Finanzwirtschaft des früheren Geschäftsführers und die Stellung der Regierung im Zusammenbruch des Landesorchesters hervorgerufen hätten. Herr Ullmann erklärte, das man sich hüten müßte, für das Landesorchester Verpflichtungen einzugehen, die nicht mit Sicherheit erfüllt werden könnten. Er als „ehrlicher Kaufmann“, würde das niemals tun. Deshalb müßte das Orchester unter den Umständen auf die Zahl von 40 Musikern herabgedrückt werden. Wenn ein Banddirektor so etwas mit dem Bruchteil der Überzeugung sagt, macht es immer auf einige Gemüter Eindruck und da niemand zur Stelle war, der in die Finanzverhältnisse des Landesorchesters näheren Einblick hat, und der hätte antworten können, so erreichte Herr Ullmann in der Tat, daß der Vorstand, nachdem die meisten Mitglieder nach Hause gegangen waren, nachts um 1/2 Uhr die Zahl von ganzen 35 Stimmen bei circa 500 Mitgliedern! auf sein Vertrauensvotum vergrößerten, und mit der „Kolossal“ Majorität von ganzen 6 Stimmen nach Hause gehen konnte. Der Brief des Professors Schneider zeigt nun, daß die Zahl an Angaben unrichtig sind, und die Verleumdung, die er in der „Volkswacht“ veröffentlichte, als er am 1. April 1927 von dem Aufsichtsratsvorsitzenden Ullmann aus dem Amte als Geschäftsführer der von ihm gegründeten Gesellschaft herausgedrängt wurde, weil er den bittatorischen, auf einen Konflikt mit dem Orchester abzielenden Nachfragen des Herrn Ullmann nicht willfährig war, seinem Nachfolger die Gesellschaft frei von Schulden übergeben. Es wäre auch, wenn Professor Schneider in seinem Geschäftsführeramt geblieben wäre, oder sein Nachfolger nicht den Konflikt vom Zaune gebrochen hätte, alles gut gegangen. Die Banken hätten, wie immer, bis zum Eingange der Subventionen Vorstöße gemacht und die Gesellschaft wäre selbstverständlich in der Lage gewesen, ihren Musikern wenigstens die unfruchtbar geschuldeten Gehälter bis 30. September zu zahlen. Es entstehen aber noch einige weitere Fragen: 1. Wie wollte sich Herr Ullmann als „ehrlicher Kaufmann“ mit den Ansprüchen der gekündigten Musiker für die

Zeit nach dem 30. September abfinden, wenn diese, womit er doch zum mindesten stark rechnen mußte, von der Gesellschaft für berechnigt erklärt wurden? 2. Woher kommt es, daß in der ganzen langen Denkschrift des Geschäftsführers nicht mit einem Worte von finanziellen Gründen die Rede ist, vielmehr immer betont wird, daß das Orchester in voller Stärke bestehen bleiben sollte. Hat der Aufsichtsratsvorsitzende, Herr Ullmann, damals noch nicht gewußt, wie die Lage der Gesellschaft war, oder wollte er den Musikern, um sie zum Unterschreiben des schlechten Vertrages und zum Verzicht auf ihre sozialen Rechte zu veranlassen, Versprechungen machen, die er gar nicht halten konnte? 3. Wieso haben die Herren Ullmann und Herr Kunth sogar während des Konflikts noch den Mut aufgebracht, den Musikern, falls sie auf ihre sozialen Rechte verzichten würden, eine Gehaltsaufbesserung anzubieten? (Professor Schneider befragte die Erhöhung des Gehalts als ob es sich um 20.000 Mark!) 4. Wieso hat Herr Ullmann, zwei Tage nach Abgabe dieser Erklärung von der unbedingt notwendigen Verringerung auf 40 Mann, in der Mitgliederversammlung mit den Musikern den Vergleich geschlossen, der das Orchester sogar in etwas erhöhter Stärke wieder anstellte? Hat er dabei nicht an seinen Standpunkt als ehrlicher Kaufmann gedacht oder hat er seine Auffassung schon wieder gewechselt? — Je mehr man sich mit der Sache beschäftigt, um so mehr muß man zu der Überzeugung gelangen, daß dieser Herr in eine Gesellschaft, die mit öffentlichen Geldern wirtschaftet, nicht hineingehört.

### Achtung! Revolutionsfeier!

Am 9. November, abends 7 1/2 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses die diesjährige Revolutionsfeier der Breslauer Arbeiterschaft statt, die vom Arbeiter-Bildungsausschuss Breslau veranstaltet wird. Festredner ist der Genosse Prof. Dr. Max Adler aus Wien. Außerdem wird das Programm eine Reihe künstlerischer Vorträge des Volkstheaters Breslau und des Sprechchors der Arbeiterjugend enthalten. Genossen, Genossinnen! Haltet euch auf jeden Fall diesen Abend frei! Nähere Mitteilungen folgen später.

Eine besondere Betrachtung verdient die wackere „Breslauer Zeitung“, angeblich das Blatt der „Breslauer Intelligenz“. Zunächst hat dieses Organ den ganzen Konflikt einfach totgeschwiegen und nur die offiziellen Wackeltitel des Orchestervereinsvorsitzandes wiedergegeben. Nach der Mitgliederversammlung des Orchestervereins enthielt sich das Blatt jedes Urteils, erst am Donnerstag, wahrscheinlich auf Intervention aus ihrem Leserkreis, brachte es einen solchen, und zwar anscheinend den von der Leitung des Orchestervereins verfaßten, der in der „Schlesischen Zeitung“ erschienen hatte, mit einigen unwesentlichen Klärungen. Gerade aber die Angriffe, die Kunth und Ullmann gegen Professor Schneider gerichtet hatten, sind getreulich wieder gegeben. Nachdem nun Professor Schneider seine Berichtigung in die Öffentlichkeit gelangt hat, druckt die „Breslauer Zeitung“ — einen einzigen Satz aus seiner Berichtigung ab, und das übrige wird wieder nach bewährtem Rezept totgeschwiegen. Verschiedene Leser beklagen sich darüber, und weisen darauf hin, daß von den Mitgliedern des Orchestervereins zweifellos der größte Teil zum Leserkreis der „Breslauer Zeitung“ gehört, und ein Recht darauf habe, die eminent wichtige Erklärung des Professors Schneider in vollem Umfange zu erfahren. Ja, liebe Intellektuelle, wenn ihr noch nicht gemerkt habt, daß es der „Breslauer Zeitung“ nicht darauf ankommt, ihre Leser wahrheitsgemäß zu informieren, und daß ihr die Rücksicht auf ein paar Sülzen der „Demokratischen“ Partei, die im Vorstände des Orchestervereins im höchsten Einklang mit den Herren Kunth, Ullmann und Schallchen den rigorosesten Arbeitsgeberstandpunkt vertreten haben, viel höher stellt, als die Interessen ihrer Leserschaft, dann ist euch nicht zu helfen.

### Polizeiwidrige Zustände in Zimpel.

Kein Licht. — Schlechte Wege. — Horrende Mietsen. In der Siedlung Zimpel ist das Gehen am Abend geradezu lebensgefährlich. Eine Wegebeleuchtung gibt es nicht; man muß sich im Dunkeln förmlich vorwärts tasten und das Schlimme dabei ist, daß man fortwährend in Löcher hinein tritt, die sich wie Granattrichter im Felde ausnehmen. Außerdem liegen Schienen, Bohlen und sonstige Hindernisse herum, so daß es wie ein Wunder anmutet, daß bisher noch kein Bewohner dieser Siedlung während der Dunkelheit Hals und Bein gebrochen hat. In einer öffentlichen Mieterprotestversammlung in Zimpel bei Witke, die sich am Freitag unter anderem auch mit diesen ungläublichen Zuständen beschäftigte, betonte Genosse Krumm, der selbst in Zimpel wohnt, daß diese Mietsen, wie sie besonders am Meisenweg und am Fasanenweg hervortreten, fast an die Kriegszeit erinnern. Die vielen „Granatlöcher“, die bei nassem Wetter doppelt hinderlich sind, machen dieses „Kriegsbild“ vollständig. Wie lange will der Breslauer Magistrat eine derartige Finsternis und so schlechte Wegeverhältnisse in Zimpel noch dulden? Baldige Abhilfe tut dringend not! Im Mittelpunkt dieser vom Genossen Böhm geleiteten Protestversammlung stand ein Referat des Stadtverordneten

### Theater und Musik.

#### Stadt-Theater.

##### Tanzveranstaltung.

Seit dem Abgang Feiga Swedlunds liegt die Ballettleitung in den Händen Herbert Gorgulas, der in dieser Sonntagvormittagsveranstaltung zum ersten Male mit einer wesentlichen Aufgabe hervortrat. Was die Gruppentänzerinnen und der „Bewegungstanzchor“ diesmal zum Besten gaben, zeugte von der zusammenhaltenden, einheitlichen und zielbewußten Erziehung des neuen Mannes, aber dadurch, daß in jeder, geradezu abgezielten Geste sein Geist in Erscheinung tritt, wird die Freiheit der Einzelgestaltung beengt. Die Vorführungen fanden trotzdem Zustimmung, denn es trat überall eine grundlegende, wenn auch oft recht befremdende Idee in Erscheinung. Das läßt sich von der Aufführung einer „Mexikanischen Tanzsuite“, von Hans Sattler nach Originalmelodien bearbeitet, nicht auslassen. Innerhalb eines farbenprächtigen Bühnenbildes (Prof. W. L. E. M. A. N. N.) wechselläufige Stimmungsentimentalen Liebesdrama ab, womit sich auch schon die ganze diegetische Gefühlsentwicklung erschöpfte. Hans Sattlers Instrumentation muß abgelehnt werden. Es ist mir unverständlich, wie jemand eine nachfüllige, rhythmisch markante Orchestration schreiende Musik so dezent zu behandeln vermag. Was er an Rhythmus selbst in das Klavier hätte legen können, vermied er noch dazu und so bildete sich ein ausgeglichenes Mißverhältnis zwischen Bühne und Begleitung. In beiden Programmentwicklungen lag außer dem letzten sehr beweglichen Ballettmeister Inge Swedlund und Tony Gory, Eugen Lasse und Wilhelm Zeiller selbst mit gutem Erfolg hervor. Auf guter tänzerischer Höhe stand Tony Gory „Ägyptischer Tanz“, ebenso Inge Swedlunds „Gefühl“.

Genossen Widera über „Die Miets- und Wohnungs-politik des Magistrats in Breslau“. Er betonte die Notwendigkeit einer anderen Wohnungspolitik, zumal Breslau nicht nur als die dichtbevölkerteste Stadt des Reiches, sondern von ganz Europa (!) gilt. In Breslau gibt es schauerhafte Wohnungen, wo acht Menschen in einem Zimmer schlafen müssen, aber nicht etwa im vornehmen Süden, sondern in den Proletariervierteln. Die jetzige Generation leidet unter den Sünden unserer Vorfahren. Diese haben eine verkehrte und planlose Wohnungs- und Baupolitik betrieben. Zu den vielen unzulänglichen Wohnungen gefellen sich noch 50.000 Menschen, die eine Wohnung suchen. Es liegt auf der Hand, daß es vieler Jahre bedarf, um diese vielen Wohnungsluchenden unter Dach und Fach zu bringen. Leider wird die Ansehpolitik der Stadt Breslau für Bauzwecke durch gewisse Reichsstellen, wie das Reichsbaudirektorium, stark gehemmt.

Eine vorbildliche Wohnungspolitik treibt Wien, ganz einfach deshalb, weil dort die Sozialdemokratie die Mehrheit hat. Wien ist zugleich ein Staat für sich. Die Mietsen in Wien betragen etwa den vierten Teil der in Breslau üblichen Mietsen. Wer in Wien Schlösser, Landhäuser und überhaupt viel Wohnräume hat, muß dementsprechend viel Hauszinssteuer zahlen. Den Armen wird indes ein billiges Wohnen ermöglicht. Auch sonst ja das rote Wien vorbildlich, denken wir nur an das Hamalienbad, das größte Volksbad Europas.

Bei uns freilich wälzt man in jeder Hinsicht alle Lasten, die eigentlich von den Besitzern und Unternehmern in weit stärkerem Maße getragen werden müßten, auf die Verbraucher und Mieter, auf das Volk ab. Die heutigen horrenden Mietsen können von den Arbeitern und kleinen Beamten einfach nicht mehr getragen werden. Die Beamten benötigen den ihnen gezahlten Wohnungsgeldzuschuß zur Lebenshaltung.

Mit einer Herabsetzung der Baustoffpreise ließe sich das Uebel der Wohnungsmisere an der Wurzel packen. Das gemeinnützige Unternehmertum dieses hohen Mietsen erheben, wie der private Hausbesitz ist jedenfalls eine grobe Ungerechtigkeit und Bewucherung der armen Volksschichten. Das Mieterrechtgesetz bröckelt immer mehr ab, zur Freude aller am Wohnungswucher Interessierten. Die meisten Menschen müssen heute 30 bis 40 Prozent ihres Einkommens auf Miete verwenden. Einigkeit in den Fragen der Wohnungs- und Mietspolitik ist heute not. Weg mit allem Müll und Käsegeist! Das Volk hat es satt, nur ein geduldiges Objekt für Spekulanten und Volkswucherer zu sein und wird bei den kommenden Wahlen die Antwort geben!

In der nun folgenden freien Aussprache ergänzte Genosse Krumm noch die Ausführungen des Genossen Widera. In Wien hat man erkannt, daß nur durch sozialdemokratische Kommunalpolitik etwas erreicht werden kann. Im übrigen regte er die Bildung eines Mieterausschusses an. Hauptbetriebsrat Konkolowitsky stellt fest, daß die Bewohner von Zimpel 37 1/2 Prozent teurer als in der Stadt wohnen. Hierbei sind die Straßenbahnspesen eingerechnet. Die Wiener Richtlinien wollen auch wir beachten, wir werden der SPD. unsere Stimmen geben. (Beifall.)

Der Vorsitzende des Wohnungsvereins, Genosse Krumm, wies klar nach, daß die deutschen Kapitalkreise es schon zu verhindern wissen, daß billiges Geld zum Wohnungsbau nach Deutschland kommt. Die große Masse ist leider unfähig, die feineren und tieferen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge der Preissteigerung und der Volkswucherung zu erkennen. Nach vorgenommenen eigenen Ausmessungen müßte in Zimpel der Quadratmeter Wohnraum mit 10,90 Mark (!) Miete bezahlt werden. Wir feuern mit vollen Segeln dem Zustand zu, wo die Mietsen dem freien Kapitalmarkt ausgeliefert sind. Auch der Magistrat, insbesondere Herr Fuhs, leiste dem Hausbesitz Vorwanddienste. Es gilt die Stadtverordnetenversammlung anders zusammenzusehen.

Die Versammlung forderte einstimmig, daß beim Magistrat der Stadt Breslau sofort Schritte unternommen werden, daß die noch in Teilen der Siedlung außer dem 124 Prozent erhöhten Zuschlag für Zinszuschuß von 10 Prozent bald in Kraft kommen. Ferner wurde die Stadtverordnetenfraktion der SPD. beauftragt, vorstellig zu werden, daß die von der Siedlungsgesellschaft willkürlich vorgenommene Erhöhung der Miete pro Quadratmeter von 6 auf 7 Mark rückgängig gemacht wird. Ebenso, daß die Berechnung der unbeheizbaren Wohnräume und Mansardendächern als vollwertiger Mietsraum rückgängig gemacht wird, und die zu Unrecht erhöhten Beträge sofort zurückgezahlt werden. Weiterhin wurde in einem Antrage gefordert, daß die am 1. April und 1. Oktober 1927 erfolgten Mieterhöhungen von je 10 bis 20 Prozent in Kraft kommen.

Die Wahl eines provisorischen Mieterausschusses kam zur Abstimmung. Ihm gehören an die Mieter: Krumm, Böhm, Konkolowitsky, Schumann und Knoke. Außer diesen Genannten erklärten sich auch Stadtverordnete und sonstige gute Fachleute zur Mitarbeit bereit.

Was die eingangs geschilderten mihigen Wegeverhältnisse und die Lichtbeleuchtung anbelangt, so muß vom Magistrat verlangt werden, daß hier zu allererst Abhilfe geschaffen wird. Lichtscheue Elemente haben es bereits auf Zimpel abgesehen, um im Schutze der Dunkelheit Bewohner der Siedlung, die spät abends heimkehren, besonders Frauen und Mädchen, zu beschleichen. Rützlich wurde eine Frau von einem Unbekannten am Meisenweg belästigt.

Es handelt sich tatsächlich um einen Zustand, den man im Bereich einer Großstadt nicht für möglich halten sollte.

#### Orchesterkonzert.

Bekanntlich brachte die vergangene Woche in den Streifgassen zwischen dem Landesorchester und seinen geschäftlichen Leitern die von allen musikalisch Interessierten erhoffte Lösung, und so wurde es dem Breslauer Orchesterverein ermöglicht, dem zweiten Abonnementskonzert ein annehmbares Programm zu versehen, als dem ersten, das ohne Mitwirkung des Orchesters als Ausschüßveranstaltung ein ausmiesiges Programm aufzuweisen hatten. Das Publikum ließ es diesmal an gutem Willen nicht fehlen und füllte bequem den großen Konzertsaal. Als würdige Einleitung führte Prof. Dr. Georg Dohn energisch und feurig das „Meisterlieder“-Konzert auf, und das Orchester folgte ihm würdig. Mit der vierten Symphonie von Brahms, der letzten des Tonbilders, zeigte es sich aber erst in seiner schönen Ausgeglichenheit. Brahms reifes Werk, die Krönung seines symphonischen Schaffens, fand bei jedem einzelnen Mitwirkenden Verständnis; das Charakteristische kam zum Ausdruck und an Empfindungstiefe blieb nichts zu wünschen übrig. Der Dirigent führte mit fester Hand. Im Mittelpunkt des Programms stand das Auftreten des in Breslau tätigen Bereichs gemischten a cappella Chores. Der Chor, bestehend aus 120 Mitgliedern, der diesmal das Zweite der Sinfonien Klavierkonzerte von Liszt, in A-Dur, wählte. Das auf technische Virtuosität eingestellte Werk verlangt einen gut fundierten Interpret. Der Chor fand sich mit der schwierigen Aufgabe mühsam und ohne Fehl ab und verhalf uns einen tiefgehenden Eindruck, obwohl das Werk selbst dessen nicht fähig ist. Tolender Beifall, der ihn zu einer Zugabe verpflichtete, lohnte die Leistung.

Das ideale Laxin Abführ-Konfekt



Unter Arbeitern.

Den 60 Jahre alten Zimmermann Gustav C. ... ein recht eigenartiger Fall vor den Einzelsichter, damit er sich wegen Unterlassung verantworten kann.

Die schönste Insel Deutschlands,

Rügen, auf der Weinwand, beim Elternabend der Posaidonjugend, morgen Donnerstag, 20 Uhr, in der Aula der Viktorialschule.

Die Priesterwahl.

Eine überaus lustige Priesterkomödie kommt morgen in den Gewerkschaftshaus-Lichtspielen auf die Leinwand.

Ein treuer Abonnent. Der Radierer Oswald Albert, Schweitzerstraße 18, konnte gestern seinen 60. Geburtstag feiern.

Serzliche Bitte! Unser Parteigenosse Edward Kunze, Schönstraße 15, III, Vater von 6 Kindern, verlor auf dem Wege von der Hubenstraße nach seiner Wohnung sein Krankengeld in Höhe von 35 Mark.

Der kleine Saal des Gewerkschaftshauses ist Sonnabend, den 10. Dezember, Sonnabend, den 7. Januar, sowie Sonnabend, den 24. März, der große Saal an einigen Sonntagen im Februar und März, sowie am 2. Osterfesttag für Festlichkeiten noch zu vergeben.

Rasperie-Spiele im Schiedsrichteramt. Am Donnerstag, den 27. Oktober, 18 Uhr, „Rasperies Heldentaten“.

Anmeldung für die Segler zu Ostern 1928. Schüler und Schülerinnen, die zu Ostern 1928 in die Segler einer hiesigen höheren Schule oder in die 6. Klasse einer Mittelschule aufgenommen werden sollen, sind möglichst bald, spätestens jedoch bis Ende November, bei der betreffenden höheren oder mittleren Schule, die sie besuchen sollen, anzumelden.

Seltenes Schauspiel. Der Jinnoberser wird morgen zum Zwecke des Festschlusses abgehalten.

Gastwirt Brießig, Frankfurter Straße 139, ist der Meinung, die SPD. und die „Volkswacht“ sind gut für den Gemeinwohl. Jedenfalls hat er sich dieser Tage so ausgesprochen.

Arbeiter-Samariter, V. Abteilung! Im heute, Mittwoch bei Klante, Hofstraße, stattfindenden Abteilungsabend spricht Genosse Dr. Juliusburger über Körperkultur vom Standpunkt der Samariter.

Das Fundbüro der hiesigen Straßenbahn wird Donnerstag, den 27. Oktober, aus seinem gegenwärtigen Unterkunftsraum im Verwaltungsgebäude Steinstraße 17/73 in die auf demselben Grundstück neu errichtete Baracke verlegt und bleibt daher an diesem Tage für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

Die Feuerwehre wurde gestern kurz nach 20 Uhr nach Leutenstraße 40 gerufen. Infolge einer fehlerhaften baulichen Anlage — ein Balkenlopf führte in den Schornstein — war im Treppenhause ein Teil der Balkenlage in Brand geraten.

Sturz von der Treppe. Im Grundstück Bärenstraße 12 stürzte heute nach 1 Uhr der Arbeiter Robert Stampe vom 1. Stock über das Treppengeländer in den Hausflur.

Ein Schäferhund wurde am Dienstag mittag am Obplaner Stadigraben von einem Personenkraftwagen totgefahren.

Wohngeld-Einkaufsgegenstände wurden in der Nacht zum 22. Oktober in Volkswinkel erbrochen, wobei Kleidungsstücke, Wäsche und Gebrauchsgegenstände gestohlen wurden.

Beim Auffpringen auf einen fahrenden Straßenbahnwagen trat am Dienstag vormittag in der Größbener Straße am Straßenbahnhalbinsel die Schülerin Ingeborg Böge fehl, kürzte und erlitt einen Knöchelbruch.

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 26

Mittwoch, 7. heute, Mittwoch, 18 Uhr, Funktionen und Helfer-Sitzung bei Karl, Berliner Straße, Bestimmtes Erscheinen wird erwartet.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Jugend- und Gruppenführer-Sitzung. Heute, Mittwoch, 20 Uhr, bei Genr. Ederstraße.

Arbeiter-Jugend. Am morgen, Donnerstag, 19. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 26, im Rahmen der Arbeiter-Sport-Kartell e. V.

Das große Programm am Donnerstag, den 27., und Freitag, den 28. Oktober, in den Gewerkschaftshaus-Lichtspielen

Sittfänge in der Adria, Aegiope, die Tigerspinne, Volkswohnen, Nach Recht und Gesetz, Streif

Breslauer Produktbörse vom 25. Oktober.

Table with multiple columns listing market prices for various goods like wheat, oil, and other commodities. Includes sub-sections for 'Getreide', 'Futtermittel', and 'Sämereien'.

Amlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums bei Breslau.

Die neuen Ablesungen der 64. Familie bringen dem Ozean die und Mittelamerika schwärzt vor. Die Luft kommt aus dem nördlichen Westwind.

Konzerte — Theater — Vergnügungen

Stadttheater. Heute, Mittwoch, 20 Uhr, findet am fünften Abende die Aufführung der Operette 'Die Schatzinsel' statt.

Geschäftliches.

Städtisches Licht für jedermann! Die Städtischen Abperschöpfungsbüros, die Einrichtung von Anlagen und Beschaffung von Koch- und Apparaten zu ermöglichen.

Bereinstalender.

Baugemeinschaft Breslau, Badegasse der Maurer. Donnerstag, den 27. Oktober, 19.30 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal, Monatsversammlung statt.

Landkreis Breslau/Neumarkt SPD, Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Wahlung, Redner! Alle rednerisch tätigen Genossen nehmen Sonntag, 28. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, an der Bezirkskonferenz im Zimmer 7/8 teil.

Dowig. Mittwoch, den 26. Oktober, abends 8 Uhr: Mitternachtssammlung in der Volkshalle.

Stadelwitz. Öffentliche Versammlung am 28. Oktober, abends 8 Uhr, Rednerin: Reichstagsabgeordnete Frau A. v. Pohlmann.

Wollschütz. In einer öffentlichen Versammlung am Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Jascha Genosse Schiffer.

Jagd auf Menschen.

Zu dieser Angelegenheit wird uns erneut geschrieben: Das Versuchsfeld des Herrn Bergner befindet sich in der Straße Schwobitz auf Wiltschütz zu, und das im Versuchsfeld liegt bei Wilhelmshafen, an der Straße Bartheln.

Katern. Die Ortsgruppe Katern der SPD. feiert Sonntag, den 28. Oktober, im Lokal bei Erner, Schönstraße, Frauenversammlung.

Arbeiter-Sport

8. Abteilung Freie Turnerschaft. Freitag, den 28. Oktober, Monatsversammlung im Lokal bei Erner, Schönstraße.

Freie Turnerschaft Breslau. 1. Turnereinen-Abteilung. Sonntag, den 30. Oktober, Tagestour mit Schmitzberg.

Freie Turnerschaft, Jugendabteilung. Morgen, Donnerstag, 27. Oktober, abends 8 Uhr, im Rahmen der Arbeiter-Sport-Kartell e. V.

Nationale. Die Sprache der Turnereinen-Abteilung. Sonntag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, im Rahmen der Arbeiter-Sport-Kartell e. V.

Amliche Devisenliste der Berliner Börse vom 24. Oktober.

Table listing exchange rates for various currencies and gold/silver prices. Columns include '100 Mark', '100 Dollar', etc.

Advertisement for 'Reisen Siemens' featuring a large graphic of a train and text: 'Nein, denn Ihre Sparkasse stellt Ihnen einen Reisekreditbrief aus, durch den Sie überall den gewünschten Betrag abheben können und schützt Sie vor Verlusten! Städtische Sparkasse zu Breslau.'



# Gewerkschaftsbewegung.

## Gohnbewegung der Eisenbahnarbeiter.

Die vertraglich stehenden Eisenbahnerorganisationen waren nach der ablehnenden Haltung der Hauptverwaltung der Reichsbahn, die Löhne im allgemeinen zu erhöhen, abermals zusammengetreten, um zu der neu geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Dabei kamen sie zu dem Ergebnis, nochmals an die Hauptverwaltung heranzutreten und ihr zu erklären, daß die Vertretung der Eisenbahner keinesfalls auf eine allgemeine Lohnerhöhung verzichtet, sondern grundsätzlich an ihrer Forderung festhält. Da jedoch aus der klaren Verurteilung der Hauptverwaltung zu entnehmen sei, daß zurzeit eine allgemeine Lohnerhöhung nicht erzielt werden könne, forderten die Organisationen die Einführung der Dickschichtzulage in der Weise, wie sie bei der Reichsbahn schon seit Jahren besteht. Darüber hinaus verlangten sie die Ueberführung des Wirtschaftsgebietes I in das Wirtschaftsgebiet II. Auch diese Forderungen wurden nach kurzen und scharfen Verhandlungen von der Hauptverwaltung rundweg abgelehnt.

Zurzeit haben die vertraglich stehenden Eisenbahnerorganisationen wiederum unter sich Stellung genommen und im Anschluß hieran den Vertretern der Hauptverwaltung folgende Erklärung abgegeben:

„Die Gewerkschaften nehmen zur Kenntnis, daß die Hauptverwaltung nach ihrer klaren Erklärung nur bereit ist, über die Ortslohnzulage zu verhandeln. Sie sehen sich veranlaßt, ihr heftiges Bedauern auszudrücken über die Hartnäckigkeit der Verwaltung. Den Gewerkschaften ist Höhe und Umfang der Ortslohnzulagen zurzeit völlig unbekannt. Fest steht hingegen, daß ihre Einführung nur einem kleinen Teil der Lohnempfänger der Reichsbahn nur eine kleine Hilfe bringt. Die Ortslohnzulage allein ist keine umfassende, sondern nur eine sehr unzulängliche Maßnahme zur Behebung des Notstandes.“

Trotz schwerster Bedenken sind die Gewerkschaften bereit, unter Heranziehung der Bezirksleiter der Organisationen an der Neugestaltung der Ortslohnzulagen mitzuarbeiten. Damit haben die Gewerkschaften jedoch keineswegs auf die unbedingt notwendige allgemeine Aufbesserung der Löhne auf dem Wege einer zwischenstaatlichen Regelung verzichtet. Sie halten grundsätzlich daran fest und sind von der Notwendigkeit durchdrungen, daß die gebildete Lage der Lohnempfänger der Reichsbahn unbedingt nach gründlicher und umfassender Abhilfe verlangt.

Bei den am Dienstag mit dem Reichsfinanzminister geführten Besprechungen über die Erhöhung der Reichsarbeiterlöhne wurde von den Organisationsvertretern grundsätzlich nochmals eine allgemeine Lohnerhöhung gefordert. Der Reichsfinanzminister wünschte, daß ihm die Möglichkeit zur Begleitung der Forderung vorgelegten Zahlen schriftlich zur Verfügung gestellt werden. Die Tarifkontrahenten haben im Anschluß an die Besprechung sofort zu der Angelegenheit Stellung genommen. Sie werden im Laufe des Mittwochs dem Minister die gewünschten Unterlagen zur Verfügung stellen.

## Generalversammlung der Breslauer Metallarbeiter.

Die Ortsverwaltung der Breslauer Metallarbeiter hatte die Mitgliedschaft zur fälligen Generalversammlung eingeladen. Der Klassen- und Geschäftsbericht der Kollegen Ruppelt und Ziegler ließ eine gute Entwicklung der Organisation erkennen. Der Klassenbestand der Lokalkasse ist gestiegen. Die Zahl der Neuaufnahmen betrug 879 gegen 813 im selben Quartal des Vorjahres. Sogenannte „Papierlohnanten“ befinden sich unter den Mitgliedern nicht. Seit der Inflation ist der Beitragsmarkenverkauf im letzten Vierteljahr der höchste, der erzielt worden ist. Im selben Vierteljahr des Vorjahres wurden 108 698 Beitragsmarken verkauft, das sind rund 28 000 weniger wie im letzten Quartal. Der Lokalkassenbestand hat sich vom Ende des 3. Quartals des Vorjahres bis zum Ende des 3. Quartals dieses Jahres um rund 27 000 Mark erhöht. Vor einem Jahre wurden im 2. Quartal 68 611 Mark an Arbeitslose ausbezahlt, in diesem Jahre nur noch 12 322 Mark. Die Höhe der Krankenkassenunterstützung ist die gleiche wie im Vorjahre geblieben, sie beträgt 15 728 Mark.

Die günstige Konjunktur entwickelt sich in Breslau in langamerem Tempo wie in vielen anderen Bezirken Deutschlands. Um so erfreulicher sind die Fortschritte, die die Organisation trotzdem gemacht hat. In der Metallindustrie wurden eine Anzahl Lohnbewegungen mit und ohne Streik im letzten Quartal durchgeführt. Die Heizungsmonteur erhöhten ihren Lohn ohne Streik ab 1. Oktober 1927 von 1,10 auf 1,28 Mark, ab 1. Januar 1928 auf 1,32 Mark, ab 1. April 1928 auf 1,35 Mark. Die Arbeiter der Beleuchtungsindustrie erhöhten ab 1. Oktober 1927 ihren Lohn von 1,00 auf 1,10 Mark. In verschiedenen Betrieben wurden mit und ohne Arbeitseinstellung Verbesserungen durchgeführt und Verschlechterungen abgewehrt. Vor dem Arbeitsgericht mußten häufig Klagen anhängig gemacht werden, weil Unternehmer sich weigerten, den Arbeitnehmern die im Tarifvertrag vorgesehenen Leistungen zu gewähren.

Die Linke-Hofmann-Werke und die Schlesische Maschinengesellschaft machten eine Klage anhängig, um die Genehmigung zu erhalten, ihre fast sämtlichen Arbeiter, die am Verfassungstage früher Arbeitslos gemacht haben, mit 2 oder 3 Mark befristet zu können. Die Klage wurde abgewiesen. Ueber die Bezahlung der Ueberstundenzuschläge mußten trotz des Spruchs des Schlichters noch lange Verhandlungen geführt werden, bis man zu einer Verständigung kam. Die Regelung ist nun so getroffen, daß für die erste Stunde nach der regelmäßigen normalen Arbeitszeit 15 Prozent, für die zweite Stunde 25 Prozent Zuschlag zu zahlen sind, ohne Rücksicht auf die Zahl der Arbeitsstunden, die wöchentlich erreicht werden. Die Linke-Hofmann-Werke beabsichtigten die monatliche Lohnabrechnung einzuführen. Dieser Versuch ist auf große Schwierigkeiten gestoßen, hat bei den Arbeitern Unzufriedenheit und Erregung hervorgerufen und wohl auch für den Betrieb das erhoffte günstige Ergebnis nicht gebracht, so daß ab 1. Oktober die wöchentliche Lohnabrechnung wieder zur Einführung gelangte.

Die Schlichtungskommission mußte wegen Streitfällen über die Auslegung tariflicher Bestimmungen wiederholt angerufen werden. Die angeleiteten Arbeiter erhalten ab 23. Oktober einen Alltagslohn von 58,5 Pf. Die Unternehmer bemühen sich, nachzuweisen, daß für die Preissteigerung, soweit solche eingetreten ist, in erster Linie die Lohnerhöhungen verantwortlich zu machen sind. Dem ist nicht so. Durch die Neueinführung und wiederholte Erhöhung der Löhne, durch die Mietpreiserhöhung, Portenerhöhung, Straßenbahn-, Gaspreiserhöhung und viele ähnliche Maßnahmen sind in erster Linie Preissteigerungen hervorgerufen worden. Es weht gegenwärtig in Politik und Wirtschaft ein scharfer Rückenwind. Überall sind Spannungen und Zerwürfungen der Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Unternehmern zu beobachten. Das Proletariat reagiert auf diese Erscheinungen mit gesundem Instinkt. Die großen wirtschaftlichen Kämpfe in Köln, Solingen, Berlin, Sachsen und jetzt im mitteldeutschen Braunkohlrevier und der Ausfall der Wahlen in Hamburg, Altona und Königsberg, wo die sozialdemokratischen Stimmen fast angewachsen sind, beweisen dies. Will das Proletariat bei den kommenden großen Auseinandersetzungen in Politik und Wirtschaft seine Interessen mit Erfolg wahren, will es eine weitere Verlesung und Ausbeutung der Massen verhindern, so muß es insbesondere politisch noch weit aktiver auftreten, wie es bisher der Fall gewesen ist. Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter müssen noch größere Rechte gebildet werden wie sie es sind. Jeder Arbeiter gehört nicht nur in

die Gewerkschaft, sondern auch in die politische Organisation. Alle Lohnbewegungen müssen dem Arbeiter nichts, wenn durch eine reaktionäre Handels- und Zollpolitik und durch Kartelle und Syndikate, die den Warenmarkt monopolistisch beherrschen, die Preise in derselben Weise oder noch mehr in die Höhe getrieben werden wie die Löhne steigen. Das Ziel der Gewerkschaft ist und bleibt die Bekämpfung der kapitalistischen Profitwirtschaft und die Erreichung der sozialistischen Bedarfswirtschaft.

In der Diskussion sprachen, wie immer, die oppositionellen Kommunisten, der Stadtdirektor Adelt und der Parteisekretär Hausen. Sie verlangten, daß die Ortsverwaltung mit den Unternehmern in Lohnverhandlungen eintreten soll. Hausen vertrat dabei den Standpunkt, daß es zwischen Unternehmern und Arbeitern für ihn kein Verhältnis von Treu und Glauben geben kann. Die Verträge, die wir mit den Unternehmern abschließen, sind kein Heiligtum und brauchen nicht eingehalten werden. In der Diskussion beteiligten sich weiter die Kollegen Kapelle, Bruschke, Biener, Klose und Weisner. Die Kollegen Weisner, Klose und Bruschke gaben einige verwaltungstechnische Aufklärungen und wandelten sich gegen die kommunistische Taktik, die darin bestehe, daß man den Arbeitern große Versprechungen mache, die nicht gehalten werden können.

Ueber die Neuregelung der Löhne haben sich die Ortsverwaltung und die Bezirksleitung schon eingehend unterhalten, so daß die Forderungen der Opposition überflüssig und überholt sind. Die Dinge werden von der Ortsverwaltung aufmerksam beobachtet, und die Kollegen können sicher sein, daß die Ortsverwaltung nichts zum Schaden der Metallarbeiter verschäumen wird.

Kollege Ziegler wendete sich in seinem Schlußwort u. a. gegen die Auffassung Hausens, daß es zwischen Unternehmern und Arbeitern kein Verhältnis von Treu und Glauben geben kann, daß wir abgeschlossene Verträge nicht zu halten brauchen. Auf ein solch niedriges Niveau der Moral und des Rechtes werden wir uns nicht begeben. Wenn wir Verträge mit den Unternehmern abschließen, so wollen wir sie halten.

Der Antrag der Opposition, sofort in Lohnverhandlungen einzutreten, wurde der Ortsverwaltung als Material übergeben. Ziegler macht außerdem bekannt, daß am 4. November in den Zentral-Balkalen ein Lichtbildvortrag über die „Deutsche Eisen- und Stahlindustrie, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter“ stattfindet. Er forderte die Mitglieder der W. O. K. und auch aller übrigen Krankenkassen auf, ihr Wahlrecht auszuüben. Außerdem gab er bekannt, daß vom 15. Januar 1928 bis 15. Juni 1928 ein Kursus in der Heim-Volkshochschule in Tinz für Männer im Alter von 18 bis 30 Jahren stattfindet. Die näheren Bedingungen, unter denen der Kursus besucht werden kann, werden vom Verbandsbüro mitgeteilt.

## Unsere Forderungen an die Angestelltenversicherung.

Eine überaus gut besuchte Mitgliederversammlung der Breslauer Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten bildete den Auftakt zu den bevorstehenden Wahlen zur Angestelltenversicherung. Die Forderung des Fabundes, diese Versicherung näher zu begründen, war der Leiter der sozialpolitischen Abteilung des F. d. A., Kollege Schröder-Berlin erschienen, der in einem zweistündigen Referat die nötige Aufklärung den zahlreich erschienenen Angestellten geben konnte.

Die demagogische Kampfesweise der gegnerischen Verbände, des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (G. d. A.) und des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (D. H. V.), machte es notwendig, daß der Redner gleich einleitend sich mit ihren Einwürfen gegen den Fabund auseinandersetzte. Von dieser Seite wird mit den schlimmsten Verdrungen von Tatsachen gearbeitet, um die Nichtigkeit der von ihnen bestimmten Politik in der Angestelltenversicherung zu beweisen. Mit dem Hinweis auf die weit höheren Beiträge in der Knappschaftsversicherung will man die von ihnen geforderte Erhöhung der Beiträge zur Angestelltenversicherung rechtfertigen, unterschlägt aber die Tatsache der weit höheren Leistungsfähigkeit der Knappschaftsversicherung. Jedes Mittel ist dem G. d. A. wie dem D. H. V. recht, wenn er beweisen will, daß der Fabund durch seine Forderungen die Angestelltenversicherung ruinieren will. Das sind dieselben Kreise, die 1921 durch ihre Parteien einen Antrag im Reichstag einbrachten, dessen Annahme geradezu eine Zerschlagung der Angestelltenversicherung bedeutete hätte.

Wozu sind nun die Forderungen, die angeblich zum Ruin dieser Versicherung führen sollen? Gefordert wird zunächst eine Erhöhung der Rentenleistungen. Der heutige monatliche Grundbetrag von 40 (!) Mark soll auf 60 Mark erhöht werden. Der zu diesem Grundbetrag hinzukommende Steigerungsbetrag für die ab 1. Januar 1924 gezahlten Beiträge soll statt 15 Prozent nunmehr 20 Prozent betragen. Ebenso ist es unbedingt notwendig, daß alle vor der Inflation gezahlten Beiträge aufgewertet werden, damit den langjährigen Beitragszahlern eine ihrer Beitrags-

leistung entsprechende Rente zukommt. Es ist eine große Ungerechtigkeit, daß die gegenwärtige Regelung nur bei den Beitragszahlern der höchsten Klassen eine Zulwertung vornimmt, dagegen 70 Prozent der männlichen und 80 Prozent der weiblichen Versicherten der niederen Klassen davon ausnimmt. Gemessen an dem was notwendig ist und gegenübergestellt den Ansprüchen der Staatsbeamten sind diese Forderungen sehr bescheiden.

Die gegenwärtige Finanzlage der Angestelltenversicherung erlaubt ohne weiteres die relativ geringe Mehrbelastung durch solche Leistungsansprüche ohne jede Beitragserhöhung. Was besagt es, wenn von 207 Millionen jährlichem Ueberschuß 27 Millionen für diese Mehrleistungen aufgewendet werden. Eine Mehreinnahme von Beiträgen könnte allein dadurch erzielt werden, daß durch Aufhebung der Versicherungsgrenze von 6000 Mark auch die höheren Einkommen mit dem entsprechenden Beitragsleistung einbezogen würden.

Im Zusammenhang mit einer anständigen Rentenbemessung steht die Forderung auf Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre für den Bezug des Ruhegeldes. Dadurch würde auch eine Entlastung des Arbeitsmarktes möglich sein. Ein Ende muß auch mit der augenblicklichen willkürlichen Regelung bei der Gewährung für Heilversahren gemacht werden. Es ist ein unerträglich Zustand, wenn 20 000 Anträge alljährlich ohne jede Angabe von Gründen abgelehnt werden. Zu fordern ist die Einführung eines Rechtsanspruches für Heilversahren. Eine ebenso gerechtfertigte, schon durch die Verfassung gewährleistete Forderung ist die Sicherung eines maßgebenden Einflusses der Angestellten in der Verwaltung. Eine reine Angestelltenversicherung muß mindestens zu zwei Drittel in der Verwaltung etwas zu sagen haben. Darum Ausbau der Selbstverwaltung.

Aus diesen nur allzu berechtigten Forderungen geht hervor, daß die Angestellten alle Ursache haben, die Liste des Zentralverbandes der Angestellten zu wählen.

Der reiche Beifall, der diesen Ausführungen des temperamentvollen Redners folgte, war genügend Beweis für das Einverständnis der erschienenen Angestellten mit solchen Forderungen. Nach einem Hinweis auf die am 27. November erfolgende Wahl und deren technischen Durchführung, und der Aufforderung, sich auch zahlreich an der am 18. und 17. November stattfindenden Krankenkassenwahl zu beteiligen, konnte der Vortragende, Kollege Wahsner diese gut verlaufene Versammlung schließen.

## Quartalsversammlung der Textilarbeiter.

Am 21. Oktober fand im Gewerkschaftshaus die Quartalsversammlung statt. Der Geschäftsbericht vom dritten Quartal wurde gegeben. Die Agitation im dritten Quartal brachte einen Zugang von 81 neuen Mitgliedern. Die statgefundenen Klassenreize haben ergeben, daß Einnahme und Ausgabe miteinander bilanzieren. Bücher, Belege und Kasse in Ordnung befunden wurden, dem Geschäftsführer wurde Entlastung erteilt.

Hierauf folgte ein Vortrag über die Bedeutung der Krankenkassen- und die kommenden Ausschüßwahlen bei der Allgemeinen Ortskrankenkassen Breslau. Der Referent verbreitete sich über die Einrichtungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse, sowie deren Leistungen und die bevorstehenden Ausschüßwahlen. Da diese Wahlen am 18. November (Buchttag) stattfinden, dürfte es jedem Textilarbeiter möglich sein, sein Wahlrecht auszuüben, soweit er als Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Frage kommt. Ganz besonders wurde darauf hingewiesen, daß wahlberechtigt nur volljährige Personen sind und daß jeder Wähler bei der Ausübung der Wahl eine Bescheinigung seines Arbeitgebers vorzulegen hat, auf der die Mitgliedschaft bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nachgewiesen ist. In der Diskussion wurde betont, daß es im Interesse der Versicherten liegt, wenn die Betriebskrankenkassen verschwinden, da diese nicht in der Lage sind, Erholungskstätten, Genesungsheime usw. zu errichten, wie sie bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Breslau vorhanden sind. Die Versammlung war der Auffassung, daß jedes Mitglied kontrolliert werden soll, ob es seiner Wahlpflicht genügt.

Eine Anfrage über Vermittlung von Arbeiterinnen nach Leipzig durch das Arbeitsamt Breslau wurde von Kollegen Güttler dahin beantwortet, daß es sich um die Firma Tittel & Krüger, Leipzig, handelt, die Mangel an Facharbeitern hat und solche in Leipzig selbst nicht erhalten kann. Streik oder sonstige Bewegungen gibt es zurzeit dort nicht. Was die Anfrage über die Wohnungsverhältnisse in Leipzig betrifft, könnte mitgeteilt werden, daß Wohnräume der Firma aus nicht vorhanden sind, sondern die Spezialfälle als Schlafstätte für die fremden Zugewanderten benutzt werden. Die angegebene Entlohnung sei wohl richtig, aber niemand von denen, die jetzt erst angelernt werden müssen, dürften den Höchstlohn von 64 Pfennig erreichen, sondern nur den Lohn von 44 Pfennig pro Stunde erhalten.

# Wandlungen im Weltgetreidehandel.

In der Getreideversorgung der Welt sind seit dem Krieg große Veränderungen eingetreten. Der Anteil der Ausfuhrländer an der Getreideversorgung hat sich ebenso geändert wie die Nachfrage der Zufuhrländer. 1. Die Versorgung der Zufuhrländer mit Weizen erfolgte im Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1913 zu 24 Prozent aus Rußland, 13 Prozent aus Argentinien, 11 Prozent aus Kanada, 8 Prozent aus den Vereinigten Staaten, zu je 7 Prozent aus Indien und Rumänien und zu 6 Prozent aus Australien. Im Entsprech 1925/26 erschien Rußland mit namhaften Mengen überhaupt nicht auf dem Weltmarkt. 52 Prozent der Weizenausfuhr entfielen auf Kanada, 16 Prozent auf Argentinien, 14 Prozent auf die Vereinigten Staaten, 10 Prozent auf Australien. Mit geringeren Posten waren vertreten Ungarn, Jugoslawien, Indien, Algerien und Rumänien. 2. Die Weltweizenausfuhr beträgt mengenmäßig etwa die Hälfte der Weizenausfuhr. Die Weizenausfuhr ist noch mehr als die Weizenausfuhr auf wenige Länder beschränkt. Vor dem Kriege war an der Ausfuhr von Weizen Argentinien zu 40 Prozent, die Vereinigten Staaten zu 15 Prozent, Rumänien zu 14 Prozent beteiligt. Geringere Mengen kamen aus Rußland und Ungarn auf den Weltmarkt. Gegenwärtig führt Argentinien 60 Prozent der Weizenausfuhr an Weizen aus, die Vereinigten Staaten und Rumänien je 9 Prozent, Jugoslawien 6 Prozent und ein neues Ausfuhrland, Südafrika, 6 Prozent. 3. Die Weltgerstenausfuhr beträgt mengenmäßig etwa ein Sechstel der Weizenausfuhr. Vor dem Krieg entfielen zwei Drittel der Gerstenausfuhr auf Rußland, während der Anteil Nordamerikas unbedeutend war. Gegenwärtig entfallen zwei Drittel der Gerstenausfuhr auf Kanada und die Vereinigten Staaten. Die übrigen an der Gerstenausfuhr mit größeren Mengen beteiligten Länder sind Rumänien, Polen und die Tschechoslowakei. 4. Von der Haferausfuhr entfiel vor dem Krieg ein Drittel auf Rußland, ein Fünftel auf Argentinien. Gegenwärtig sind an der Haferausfuhr Kanada und Argentinien mit je einem Drittel der Weizenausfuhr, die Vereinigten Staaten mit einem Viertel beteiligt. Unter den übrigen Ländern ist oben die Ausfuhr aus Irland von einiger Bedeutung. Auch in der Nachfrage der Zufuhrländer sind wesentliche Veränderungen eingetreten. Englands Anteil an der Weltgetreideeinfuhr ist für Weizen von 33 auf 40 Prozent, für

Gerste von 18 auf 25 Prozent gestiegen, für Hafer von 30 auf 28 und für Mais von 30 auf 24 Prozent gesunken. Immerhin bleibt England das größte Getreideeinfuhrland der Welt. Ein neues Zufuhrland für Weizen entstand in Japan, das 1925/26 bereits 6 Prozent der Weltweizeneinfuhr aufnahm. Die deutschen Weizeneinfuhren blieben mit etwa 14 Prozent der Weizeinfuhr 1925/26 auf der Vorkriegeshöhe, während Italien gegenüber 9 Prozent vor dem Krieg jetzt etwa 14 Prozent der Weizeinfuhr aufnimmt. Auf Frankreich entfielen vor dem Krieg durchschnittlich etwa 6 Prozent der Weizeinfuhr, in der Nachkriegszeit je nach dem Ernteausfall 5 und 8 Prozent. Für Gerste ist Deutschland das wichtigste Einfuhrland, das vor dem Krieg zweimal, nach dem Krieg aber dreimal so viel wie England, das an zweiter Stelle steht, einfuhrte. Belgien und Holland stehen an dritter und vierter Stelle, jedoch in großem Abstand nach Deutschland. Die Hafereinfuhr geht zu etwa 28 Prozent nach England, zu 20 Prozent nach Deutschland und zu 10 Prozent nach Frankreich. Bei den letzteren sind namhafte Veränderungen nicht eingetreten. Die Einfuhr Deutschlands an Mais, die vor dem Krieg etwa 11 Prozent des Welthandels ausmachte, beträgt gegenwärtig nur 8 Prozent, allerdings wird auch über Holland, das nicht weniger als 14 Prozent des Maiswelthandels aufnimmt, Mais nach Deutschland eingeführt. Kanada hat seine Maisereinfuhr seit dem Krieg verdoppelt, auch Frankreich und Italien nehmen gegenwärtig größere Mengen an Mais auf als vor dem Krieg.

Der norwegisch-polnische Handelsvertrag der, wie wir bereits berichtet haben, am 22. Dezember 1926 in Warschau unterzeichnet wurde, ist laut Veröffentlichung im „Tidnings-Uttan“ Nr. 84 am 29. September d. J. in Kraft getreten. Der Warenverkehr zwischen den beiden Ländern, der übrigens seit einigen Jahren vorübergehend zu einem fastigen Zustand gekommen ist, ist daher nicht allzu bedeutend gewesen, weist aber steigende Tendenz auf. 1926 war der norwegisch-polnische Handel für Polen mit 6,8 Millionen Goldloty aktiv (wohl im Zusammenhang mit den verstärkten Kohlenlieferungen infolge des englischen Streiks), im Jahre 1925 dagegen mit 0,8 Millionen Goldloty passiv.

## Geduld Anzeigen der Volkswacht.



## Kampf gegen die Krebskrankheit.



Der Chemiker Ringold hat ein neues Verfahren zur Stellung der Krebsfrühdiagnose gefunden, mit dessen Hilfe es möglich sein soll, die Krankheit durch einen Tropfen Blut aus dem Ohrschlappen in wenigen Minuten einwandfrei festzustellen.

## Ueberfälle in Berlin.

In der Nacht zum Dienstag wurde in Berlin in einem Hotel in der Kleinen Frankfurter Straße in der Nähe des Alexanderplatzes eine 24 Jahre alte Frau von ihrem Begleiter, dessen Bekanntheit sie auf der Straße gemacht hatte, überfallen und durch Messerstiche furchtbar zugerichtet. Der Mann war kaum mit seiner Begleiterin im Hotelzimmer angekommen, als er sich auf sie stürzte, sie würgte und dann blindlings mit einem Messer auf sie einfiel. Die Unglückliche erhielt nicht weniger als 18 Stiche in den Kopf, einer trennte ihr die Nase fast ganz ab. Die Frau hatte bereits das Bewußtsein verloren, als Angestellte des Hotels auf den Lärm in dem Zimmer aufmerksam wurden. Der Täter selbst ist unter Mitnahme der Handtasche seines Opfers entkommen. Es steht nicht fest, ob es sich um den Versuch eines Lustmordes oder um den blutigen Verlauf eines Streits zwischen dem Mann und seiner Begleiterin handelt.

Am Dienstag mittag wurde in der Landsberger Allee in Berlin eine Lumpengroßhändlerin von drei Männern in ihrem Laden niedergeschlagen und ihrer Burschenschaft im Betrage von 300 Mark beraubt. Die drei hatten sich bei ihr unter der Maske von Lumpenhändlern und unter dem Vorwand, mit ihr ein Geschäft abzuschließen, eingefunden. Während die Frau an den einen Geld auszahlte, wurde sie von einem anderen plötzlich am Halse gepackt und gewürgt, bis sie das Bewußtsein verlor. Unter Mitnahme der Geldtasche ergriffen die Täter die Flucht und schlossen die Ladentür von außen ab. Die Frau, die erhebliche Verletzungen erlitten hatte, kam nach einiger Zeit wieder zu sich. Von den Tätern fehlt einwweilen jede Spur.

## Ein viel gesuchter Schwindler verhaftet.

Der Berliner Kriminalpolizei gelang es am Dienstag nach längeren Bemühungen, eines viel gesuchten Scheckwindlers, des 44 Jahre alten Wiener Kaufmanns Ernst Franke, habhaft zu werden. Der Verhaftete war schon im Jahre 1923 in seiner Heimatstadt verhaftet worden, als sich herausstellte, daß er bei einem Aufenthalt in Brasilien eine Bank in Rio de Janeiro um 63 000 Dollar betrogen hatte. 1926 tauchte er in Berlin auf und seither beging er eine Reihe von Scheckwindleien, denen auch ausländische Banken zum Opfer fielen. Er wurde Dienstag früh von Kriminalbeamten aus dem Bett geholt, wobei er noch versuchte, sich mit Hilfe einer Schusswaffe dem Zugriff der Polizei zu entziehen. In letzter Zeit hatte er auch versucht, auf dem Wege des Heiratschwindels zu Geld zu kommen, was erst jetzt durch die bei ihm vorgefundene Korrespondenz bekannt wurde.

## Haus Breitensträter gestiegen.

Die Ehe des deutschen Meisterbauers Hans Breitensträter und seiner Frau Lija, geborene Lauer, wurde am Dienstag in Berlin unter Ausschluß der Öffentlichkeit geschieden. Beide Teile wurden für schuldig erklärt und die Scheidung wegen „ehewidrigen Verhaltens“ ausgesprochen.

## Falsche Nachrichten über Domela.

Vor einigen Tagen ging durch die Presse eine Nachricht, von der auch wir pflichtgemäß Notiz genommen haben, nach der Harry Domela seinen ersten Anwalt mit seinem Manuskript über seine Erinnerungen hineingelegt haben soll. Wie uns von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, sind diese Angaben falsch und von bestimmter Stelle zu dem Zwecke verbreitet worden, Harry Domela in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. In Wirklichkeit verhält sich die Angelegenheit wie folgt:

Als Domela im Gefängnis lag, kam sein Verteidiger auf die Idee, seine Memoiren herauszubringen. Er besprach die Sache mit Domela, machte sich ausführliche Notizen und brachte Domela dazu, seine Erlebnisse selbst niederzuschreiben. Der Anwalt arbeitete das Manuskript durch und bot es dann dem Markt-Verlag an, wo es stark gefürzt, noch einmal durchgearbeitet und vor allen Dingen von den Zusätzen von Domelas Anwalt gereinigt wurde, so daß es nachher in der Form erschienen ist, in der Domela selbst es schrieb. Später machte dann der Anwalt Ansprüche auf fast den ganzen Erlös des Buches geltend, wie auch auf die Hälfte aller übrigen Einnahmen (Filmgage, Vortragshonorare usw.), kurz auf den halben Ertrag von Domelas Arbeit während der nächsten zwei Jahre. Hiergegen fehlte sich Domela allerdings dann zur Wehr, und es wurde nun eine Vereinbarung getroffen, nach der der Anwalt als Entgelt für seine gesamte Tätigkeit im Interesse Domelas die Hälfte des Erlöses aus dem Buch erhält. Domela hat also nur sein gutes Recht vertreten, wenn er sich gegen die übermäßigen Ansprüche seines ersten Anwalts gewehrt hat.

## Ein Urnenfeld entdeckt.

An der Berlin-Magdeburger Chaussee wurde auf dem Gute eines Herrn v. Koschow auf Gollwitz, etwa sechs Kilometer von Groß-Kreuz entfernt, bei Erarbeiten ein großes Urnenfeld entdeckt. Die Urnen enthalten neben Ueberresten von Leichenbrand kleine Beigaben in Bronze und Eisen. Darunter befinden sich etwa zehn Eisenfibeln und eine kurze Bronzenadel. Die Sachverständigen schätzen das Alter des Urnenfeldes auf etwa 2000 Jahre. Sie nehmen an, daß es sich um eine Urnenanlage der Semnoren handelt, die vor den Wenden in der Mark Brandenburg waren. Sie verbrannten ihre Leichen auf offenem Scheiterhaufen.

## Altenunterbringung.

Der Rangdienststellen Müller des Charlottenburger Amisgerichts wurde wegen Beteiligung an Straftaten zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt.

## Der Unfall auf Zeehe Mansfeld.

Von den gestern auf Zeehe Mansfeld beim Zubruchgehen der Strecke verschütteten drei Bergleuten waren noch zwei im Bergwerk eingeschlossen, nachdem die Rettung des dritten gescheitert war. Nunmehr konnten auch diese beiden nach 30stündiger anstrengter Rettungsarbeit lebend geborgen werden; sie haben nur leichte Verletzungen davongetragen.

## Von einer kürzenden Sitzstuhle schwer verletzt.

Dienstag abend wurde in Berlin an der Ecke der Friedrich- und der Sehenstraße ein Geschäftsauto von einem Omnibus von hinten angefahren und auf den Bürgersteig gegen eine Sitzstuhle geschleudert. Der Anprall war so heftig, daß die Stuhle umstürzte. Sie fiel auf einen Passanten, den Oberleutnant a. D. Graf Hans von Pfeil aus Piegelnitz, der so schwer verletzt wurde, daß er Aufnahme in der Klinik in der Siegelstraße suchen mußte.

## Ein zweiter Fall Marel.

In Düsseldorf wurden ein Kaufmann und seine Ehefrau verhaftet, die eine Versicherungsgesellschaft um über 75 000 Mark geschädigt haben sollten. Der Kaufmann soll seiner Ehefrau und einem seiner Brüder, nachdem er sie gegen Unfall hoch hatte versichern lassen, den Daumen abgeschlagen und sodann von der Versicherungsgesellschaft Beträge von 20 000 bis 55 000 Mark einfließen lassen.

## Eine heimtückische Spende.

In Halberstadt wurde einer Familie im Auftrage eines unbekannten Spenders ein Paket mit Konditorwaren überreicht. Die misstrauische Familie ließ den Kuchen prüfen, wobei sich herausstellte, daß er mit einer vergifteten Füllung versehen war. Die Polizei ermittelte als Spender zwei Arbeiter, die der Tochter der Familie alimentenpflichtig sind.

## Von seiner Ehefrau im Streit erschossen.

Auf der Polizeiwache in Diesdorf bei Magdeburg lief Dienstag abend die Meldung ein, daß in einem Hause der Dreibrüdenstraße ein Selbstmord verübt worden sei. Polizeibeamte und ein Arzt stellten fest, daß ein 23jähriger Schloßer mit einem tödlichen Stich in der Herzgrube in der Wohnung lag. Seine Ehefrau behauptete, ihr Mann habe sich nach vorausgegangenem Streit mit einem Messer selbst getötet. Die Ermittlungen haben aber ergeben, daß die Frau ihren Mann im Streit erschossen hat. Sie hat dazu ein Geständnis abgelegt.

## Wilhelms Schwager.



Die 63jährige Prinzessin Victoria zu Schaumburg-Dröppel, bekanntlich eine Schwester Wilhelms des Lehten in Doorn hat sich mit dem 23jährigen Russen Zubow verlobt und Wilhelm hat als „Haupt“ der Hohenzollern seine Einwilligung zu dieser standesgemäßen Heirat gegeben. Unser Bild zeigt das ungleiche Brautpaar: den Eintänzer mit der fürstlichen Gräfin.

## Die Kinderlähmung in Sachsen.

In Dresden und in Freital sind je zwei neue Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung zu verzeichnen, darunter in Freital ein Todesopfer.

## Der Giftmordprozeß Honsel-Berghaus.

Vor dem Hagener Schwurgericht begann Montag der Giftmordprozeß gegen die 29 Jahre alte Hausdame und Kontoristin Alma Honsel aus Oberbrügge in Westfalen, die angeklagt ist, im März dieses Jahres ihren Chef und Hausherrn, den 65 Jahre alten Brenneisbesitzer Rudolf Berghaus zu Melle bei Lüneburg durch Arsenik vergiftet zu haben, um schneller in den Genuß einer ihr zugebachten Erbschaft in Höhe von 120 000 Mark zu gelangen. Zu dem Prozeß sind ungefähr 100 Zeugen und acht Sachverständige geladen. Die Frau des Berghaus war kränklich und verübte 1924 Selbstmord. Die Angeklagte gebar im März dieses Jahres in der Untersuchungsanstalt ein Kind, dessen Vater nach ihren Aussagen Berghaus sein soll. Für Dienstag ist ein Lokaltermin anberaumt.

## Die Unterschlagungen in Düsseldorf.

Die Unterschlagungssache in Düsseldorf zieht immer weitere Kreise. Die Untersuchung hat ergeben, daß auch bei der Stadt Unterschlagungen und zwar in Höhe von 320 000 Mark verübt worden sind. Rechnet man die Unterschlagung bei der Regierungshauptkasse hinzu, so beträgt die Höhe der unterschlagenen Gelder 720 000 Mark.

## Bandenwelle heiratet wieder.

Der belgische Außenminister Vandervelde wird sich am 28. Oktober in Paris wieder vermählen. Als Traugeugen fungieren der französische Außenminister Briand und der belgische Gesandte in Paris.

## Rätselhafter Leichensund in Brüssel.

Die Brüsseler Polizei entdeckte in der Wohnung des italienischen Kaffeehausbesitzers Leonardo Malacrida einen Koffer, der eine in drei Teile zerschnittene Leiche enthielt. Der Kopf der Leiche wurde nicht aufgefunden. Man weiß nicht, ob es sich um die Leiche Malacridas oder eines anderen handelt. Jedenfalls ist Malacrida vermisst. Die Zeitungen schreiben dem Verbrechen verschiedene Beweggründe zu. Sie führen aus, Malacrida habe am abend mit Freunden in seiner Wohnung Karten gespielt. Am anderen Morgen sei einer davon zurückgekommen und habe den Versuch gemacht, den Koffer mitzunehmen. Weiterhin teilen die Zeitungen in ihren letzten Nachrichten mit, daß in dem Koffer Kleider gefunden worden seien, in denen sich eine Mitgliedskarte des Fascio von Mailand auf den Namen Malacrida befand.

## Neues von dem letzten Erdbeben.

Das Observatorium von Helwan (bei Kairo) stellte Montag zwischen 6,13 und 6,15 Uhr einen heftigen Erdbebenstoß etwa 3700 Meilen von Kairo entfernt fest. Das englische Luftministerium teilt mit, daß ein Erdbeben, wahrscheinlich dasselbe wie das in Alaska verzeichnete, Montag vom Observatorium in New bei London 11 Minuten und 2 Sekunden nach 4 Uhr nachmittags festgestellt wurde. Der Oberflächennittelpunkt dieses Bebens war, wie geschätzt wird, 4100 Meilen entfernt und die Erdbebenwelle dauerte ununterbrochen vier Stunden an.

## Das Erdbeben auf Alaska.

Petersburg (Alaska), 24. Oktober. Der Kabelbetrieb mit Wrangel ist gestört. Der Umfang des Erdbebens und des Sachschadens bei Wrangel ist noch nicht bekannt.

## Man löst um die Hinrichtung.

In La Paz (Bolivien) sitzen seit zehn Jahren vier zum Tode verurteilte Männer im Gefängnis, die beschuldigt sind, den früheren Präsidenten von Bolivien, General Pandu, ermordet zu haben. Da nach dem Gesetz nur einer hingerichtet wird, mußten die vier lösen, wer von ihnen den Mord zu führen habe. Das geschah am Dienstag unter Todesfille in einem Gerichtssaal. Die ersten drei zogen Nieten, so daß der Vierte das letzte Los bekam. Er erklärte lächelnd, daß er unschuldig sei, aber nicht um Gnade bitten werde, sondern nur das Gericht erlöse, die Hinrichtung sobald wie möglich zu vollziehen, damit die Öffentlichkeit befriedigt werde. Inzwischen sind bei dem Präsidenten der Republik Schritte zum Zwecke einer Begnadigung unternommen worden.

## Deutschlands modernster Flughafen.

Wird in die 1500 Meter lange Fluggasthalle des Flughafen Halle.

Auf der Fluggasthalle-Weipzig in Schönefeld befindet sich Deutschlands modernster Flughafen. Er hat mit zehn Fluglinien den größten Streckenverkehr und wurde daher mit besten technischen Neuerungen ausgestattet. Besonderer Wert wurde auf modernste Lichtanlagen gelegt, da diese für einen Nachtanflug unerlässlich sind. Auch hat er eine unterirdische Landanlage, die 46 000 Liter Benzin faßt.

